

Finanzausschuss
Wortprotokoll
112. Sitzung

Berlin, den 17.12.2008, 11:30 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus,
Adele-Schreiber-Krieger- Straße 1/Schiffbauerdamm

Anhörungssaal 3.101

Vorsitz: Eduard Oswald, MdB
Gabriele Frechen, MdB

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur den Änderungen vom 28. April und 5. Mai 2008 des
Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds (IWF)

BT-Drucksache 16/10535

sowie zur

Rolle des IWF in einer neuen, internationalen Finanzarchitektur

Beginn: 11.33 Uhr

Vorsitzender Eduard Oswald: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 112. Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages und heiße Sie herzlich willkommen. Ich begrüße die Experten, die unserem Ausschuss heute ihren Sachverstand für die Beratung des Gesetzentwurfs sowie zu der Frage der künftigen Rolle des IWF zur Verfügung stehen. Hierzu wurden den Sachverständigen neben dem Gesetzentwurf eine Reihe von Materialien übersandt, einmal der Vermerk Französischer Präsidentschaft „Die internationale Finanzarchitektur“, der Grundlage für den informellen Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs am 7. November 2008 war und die verabschiedete Erklärung der Europäischen Union, die dem Mitte November in Washington stattgefundenen G-20-Gipfel als Grundlage diente sowie eine Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen mit Überlegungen zur künftigen Rolle des IWF. Ich danke den Sachverständigen dafür, dass sie den Finanzausschuss vorab ihre schriftlichen Stellungnahmen haben zukommen lassen. Sie sind auch entsprechend verteilt worden und werden Bestandteil des heutigen Protokolls; sie finden sich auch im Internetauftritt des Finanzausschusses wieder, den ich Ihnen insgesamt empfehle, zwischendurch hineinzuklicken. Es lohnt sich in der Tat. Ich begrüße die Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses. Wir hatten ja heute Morgen schon unsere reguläre nicht öffentliche Sitzung. Ich begrüße auch die Fachbeamten, die Frau Staatssekretärin ist noch auf dem Weg hierher. Sie hat noch eine weitere Besprechung zwischendurch. Ich begrüße auch die Vertreter der Länder. Wie Sie unschwer merken, sind die Vertreter von Bild und Ton und Printmedien vertreten, und der Hauskanal 1 überträgt diese Anhörung live. Es ist unser Parlamentsfernsehen, das immer die interessantesten Anhörungen überträgt. Der Finanzausschuss ist ja im Regelfall immer dabei. Eine Live-Übertragung erfolgt auch über das Internet, und wir wissen, dass wir sehr viele Zuhörer und -seher haben, weil die Rückmeldungen immer doch sehr interessant sind. Das Thema der heutigen Anhörung: Wir möchten uns mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung befassen, der die Umsetzung der Änderungen des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds vorsieht. Den im Gesetzentwurf genannten Änderungen hat Deutschland im Gouverneursrat zugestimmt. Nun bedarf es der Zustimmung des Deutschen Bundestages. Zum Weiteren möchte sich der Finanzausschuss mit der künftigen Rolle des IWF in einer internationalen Finanzarchitektur befassen. Zu diesem Zweck haben die Sachverständigen Materialien erhalten, auf die ich hingewiesen habe, die die Position der EU auf dem sog. Weltfinanzgipfel in Washington vom 15. November d. J. beschreiben. Die Diskussion geht ja weiter. Wir wollen sie beleben, wir wollen sie unterfüttern, und der Gipfel soll im Frühjahr nächsten Jahres seine Fortsetzung finden. Ich möchte Ihnen nicht vorenthalten, dass der Finanzausschuss vor dem Hintergrund der anhaltenden Bemühungen um die Bewältigung dieser Finanzkrise voraussichtlich Ende Februar des kommenden Jahres Gespräche mit den verschiedensten Akteuren in Washington und New York natürlich auch

mit dem IWF zu führen beabsichtigt. Sollten Sie uns hierzu Anregungen noch mit auf den Weg geben, sind Sie dazu herzlich willkommen, sodass diese Anhörung ebenfalls auch der Vorbereitung dieser Gespräche dient. Wir haben einen Zeitraum von drei Stunden vorgesehen, also bis rund 14.30 Uhr. Die Regularien sind klar: höchstens zwei Fragen an höchstens zwei Sachverständige. Ich bitte meine Kolleginnen und Kollegen - wie immer -, nennen Sie zu Beginn Ihrer Frage die Sachverständigen, an die sich die Frage richtet. Es wird ein Wortprotokoll erstellt. Die Anhörung wird also mitgeschnitten, sodass ich Sie auch bitte, sollte irgendein Name von mir nicht richtig erwähnt oder ausgesprochen werden, dass die Sachverständigen dies vorweg dann auch jeweils sagen. Bitte die Mikrophone benutzen. Jetzt darf ich die Frau Staatssekretärin auch begrüßen. Ich habe sie schon angekündigt, Frau Nicolette Kressl, und darf sie auch im Namen meiner stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Kollegin Gabriele Frechen, auch insgesamt herzlich begrüßen. Wir beginnen nach unserem Verfahren mit der ersten Runde. Der erste Fragesteller ist der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unser Kollege Otto Bernhardt. Ich gebe ihm das Wort.

Otto Bernhardt (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Remsperger von der Deutschen Bundesbank und Herrn Sanio von der BaFin. Bei der Diskussion über mögliche Konsequenzen aus der internationalen Finanzkrise wird zunehmend die Frage diskutiert: Wer könnte denn eine Art Aufsichtsfunktion, ich sage es mal etwas simpel, über das Weltfinanzsystem übernehmen? Da gibt es einmal Überlegungen, vielleicht eine völlig neue Institution aufzubauen. Ich glaube, dafür haben wir keine Zeit. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder der IWF als eine mögliche Institution genannt, die hier überregionale Aufgaben wahrnehmen könnte. Meine Frage an die Beiden: Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dem Internationalen Währungsfonds solche übergeordneten Funktionen in Richtung Weltaufsicht zu übertragen?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Kollege Otto Bernhardt. Jetzt haben wir zwei Fragen, die sich an die Deutsche Bundesbank und an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht richtet. Ich beginne bei der Deutschen Bundesbank, Herrn Prof. Dr. Hermann Remsperger, Sie haben das Wort. Ich bitte Sie.

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): Vielen Dank. Meine Damen und Herren, Sie fragen nach der Rolle, der möglichen Rolle des Internationalen Währungsfonds in der Aufsicht bzw. - es hängt sehr eng damit zusammen - in der Regulierung von Märkten bzw. Banken. Ich muss sagen, dass ich eine Übertragung von solchen Aufsichts- bzw. Regulierungsfunktionen an den Internationalen Währungsfonds doch recht skeptisch betrachte. Ich bin der Auffassung, dass der Internationale Währungsfonds von diesen Aufsichtsaufgaben doch - derzeit jedenfalls - relativ weit entfernt ist, dass ihm im Grunde genommen für solche, ganz konkreten Aufgaben, die Sie genannt haben, die Expertise fehlt.

Ich bin der Auffassung, dass man, wenn man an solche Funktionen denkt, eher an andere Institutionen oder Gremien denken sollte. Wenn ich mir betrachte, was z. B. das Finanzstabilitätsforum in der aktuellen Krise geleistet hat an Empfehlungen, dann meine ich, dass diese Aufgabenstellung des Entwurfs von Empfehlungen zu Regulierungsfragen auch in Zukunft vom Finanzstabilitätsforum geleistet werden kann, zumal in diesem Forum auch die Standardsetzer mit vertreten sind. Ich glaube, man sollte, was diese Fragen betrifft, nicht so sehr in Richtung des IWF gehen. Das bedeutet aber nicht, dass ich hier nicht zusätzliche Möglichkeiten für den Internationalen Währungsfonds sehe, also die sehe ich. Ich sehe diese insbesondere in der intensivierten Analyse der Wechselwirkungen von Finanzgeschehen, und das meine ich sehr umfassend, und der realwirtschaftlichen Entwicklung. Ich glaube, hier brauchen wir eine Intensivierung, und meines Erachtens, das zeigt auch die Krise, ist gerade für diese Fragestellung der Internationale Währungsfonds sehr gut geeignet. Man muss nur noch stärker in diese Richtung gehen. Vielen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir haben Ihnen zu danken, Herr Prof. Dr. Remsperger. Jetzt gebe ich gleich zu Ihrem Nachbarn, Herrn Jochen Sanio. Bitte schön, Herr Sanio.

Sv Sanio (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich teile das, was Herr Remsperger eben gesagt hat, will es aber vielleicht etwas anders wenden. Herr Bernhardt hat gefragt: Kann man sich vorstellen, dem IWF Aufsichtsfunktionen zu übertragen? Meine Antwort ist ein Ja. Dahinter steht aber für mich eine Unterscheidung, die die deutsche Sprache mit dem alles umfassenden Begriff „Aufsicht“ nicht richtig zum Ausdruck bringt. Die englische Sprache ist ausnahmsweise mal feiner. Die unterscheidet zwischen „regulation“- das ist das Setzen der Standards, der Normen - und dann, was wir gemeinhin mit Aufsicht bezeichnen „supervision“, die Anwendung der Normen in operativer Tätigkeit durch eine Aufsichtsinstanz. Da sage ich auch wie Herr Remsperger: das kann für den IWF nicht in Frage kommen. Das Dritte ist „surveillance“. Und dann gibt es noch ein Viertes „oversight“. Das können wir hier außen vor lassen. Und surveillance ist ein Begriff, den der Weltfinanzgipfel für die Funktion des IWF verwendet hat. Das ist eine sehr wichtige Funktion. Die ist in der deutschen Übersetzung, die Sie verteilt haben, mit „Aufsicht“ bezeichnet. Das ist eben missverständlich. Surveillance meint in diesem Zusammenhang von mir aus die Beaufsichtigung, die Überwachung, würde ich sagen, um es im Deutschen etwas abzugrenzen, der nationalen Aufsichtssysteme und auch der nationalen Aufseher. Das ist eine Funktion, die hat der IWF schon seit vielen Jahren. Die hat er auch ausgeübt durch dieses berühmte financial stability assessment program, kurz FSAP. Deutschland wurde da 2003 monatelang von IWF-Teams auf Herz und Nieren, das deutsche Aufsichtssystem, auch in der Anwendung geprüft. Als gedankliche Fußnote erlaube ich mir den Hinweis, dass in der langen Liste der geprüften Länder ein Land noch fehlt, eigentlich ganz kleines Land, wenn Sie sich das mal auf der Website angucken, ja eins aus meiner Sicht, eins ist besonders wichtig: Sie finden es unter „U“ oder „V“, je nach dem, in welcher

Sprache Sie nachgucken. Und auf dem Weltfinanzgipfel haben alle beteiligten 20 Länder sich verpflichtet, sich allesamt untersuchen zu lassen. Das ist für mich eine der allerwichtigsten Aufgaben des IWF. Die kann man gar nicht von der Bedeutung her hoch genug einstufen, weil, ich will jetzt nicht hier eine Krisenanalyse vornehmen, aber wenn man mal den Ausgangspunkt der Krise sich anguckt, wäre es vielleicht gut gewesen, wäre der IWF dort schon mal ein paar Jahr früher analytisch tätig geworden. Wer weiß, was daraus erwachsen wäre. Regulation, also standard setting, hat Herr Remsperger auch gesagt, ist auf globaler Ebene dem financial stability forum zugewiesen, sollte auch so bleiben. Und supervision ist, diese Arbeitsteilung hat der Weltfinanzgipfel eigentlich jetzt bis auf weiteres festgeschrieben, ist den national authorities, ist ja heute den nationalen Instanzen weiter zugewiesen. Meines Erachtens geht es jetzt darum, dieses dreigeteilte System wirklich effizient zur Anwendung zu bringen auf ein global agierendes Weltfinanzsystem hin, die Schnittstellen zu verbessern. Da ist bestimmt Verbesserungsbedarf, die einzelnen Tätigkeiten noch intensiver wahrzunehmen, und heute steht hier ja der IWF zur Debatte - alles vom Weltfinanzgipfel - dessen makroökonomische Fähigkeiten sollen gestärkt werden, damit er in der Analyse noch stärker wird und vielleicht dann rechtzeitig auch die Alarmglocken läutet. Das sind ganz wichtige Dinge. Die Vernetzung zwischen allen Dreien, insbesondere zwischen dem financial stability forum als Standardsetzer, und unter dem financial stability forum sind diese drei Gruppen - Baseler Ausschuss, IOSCO und IAIS - gleich mit verarbeitet. Das muss auch noch optimiert werden. Dann, alles im Gipfel eigentlich beschlossen, kurz- oder mittelfristig die Frühwarnanalyse und die early warning exercises, was bislang in der Welt völlig unterbelichtet ist, soll unter Führung des IWF aufgebaut werden. Mit anderen Worten: Das sind sehr ambitionierte, sehr ambitionierte Programme. Mir scheint es so zu sein, dass über diese Arbeitsteilung eigentlich kein Streit mehr besteht, dem Weltfinanzgipfel ist hinsichtlich der Frage „Was macht der IWF? Was macht das financial stability forum?“, in dem der IWF hochrangig vertreten ist ... Herr Häusler war dort jahrelang der Repräsentant des IWF... Es hat, wenn man so will, ein Einvernehmen wurde kurz vor dem Weltfinanzgipfel hergestellt zwischen Herrn Strauss-Kahn und Mario Draghi als chairman des financial stability forum, und sie haben in einem gemeinsamen Brief an die Minister und governors des Weltfinanzgipfels diese Arbeitsteilung, so wie ich sie eben geschildert habe, als zwischen ihnen jedenfalls als konsensual dort angelandet. Und ich sehe das eigentlich so, dass der Weltfinanzgipfel diesen aus meiner Sicht naheliegenden, sehr überzeugenden Vorschlägen zu 100 Prozent gefolgt ist. Das scheint mir auch die einzig vernünftige Lösung zu sein, die man aus dem Stand - Sie haben selbst gesagt, Herr Bernhardt, wir haben keine Zeit, hier riesenneue Dinge zu wälzen - die man in der Krise aus dem Stand als Erfolg versprechendes Verbesserungsprogramm in die Welt setzen kann.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Ich glaube, die beiden Beiträge von Ihnen Herr Sanio und von Herrn Prof. Remsperger waren eine gute Einleitung, Einstimmung auf die Anhörung insgesamt. Ich danke Ihnen beiden ausdrücklich für Ihre

Beiträge. Jetzt der nächste Fragesteller aus der Fraktion der Sozialdemokraten, unser Kollege Ortwin Runde.

Ortwin Runde (SPD): Meine Frage geht an Herr Prof. Bofinger und Herrn Sanio und knüpft da an, wo Herr Bernhardt aufgehört hat. Wenn man sich ansieht die künftige Aufgabe, zuge dachte Aufgabe des Internationalen Währungsfonds, stellt sich die Frage: Welche exakte Funktion soll er wahrnehmen? Wie sieht das aus mit Kompetenz - heute? Denn eines muss man ja feststellen, all die hoch gelobten Gremien müssen ja in der Vergangenheit irgendwie nicht effizient gewesen sein oder hatten nicht adäquate Aufgabenzuweisung. Wie ist die Frage der Akzeptanz zu bewerten? Wird dem IMF dort, würde der akzeptiert werden für surveillance? Würde er akzeptiert werden in der Funktion Währungsbeobachtung, Währungsstabilisierung? Wie sieht das aus?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Kollege Ortwin Runde für die Fragestellung. Wir beginnen bei Ihnen, Prof. Dr. Peter Bofinger. Bitte schön, Prof. Bofinger.

Sv Prof. Dr. Bofinger: Ich glaube, der Punkt von Herrn Runde ist sehr wichtig, dass man sich zunächst mal fragt: Warum hat das eigentlich geklappt in der Vergangenheit? Was war da falsch und was muss man grundlegend ändern? Aus meiner Sicht, und das haben wir auch in unserem Gutachten so gesagt, ist eines der zentralen Probleme in der Vergangenheit gewesen, dass die makroökonomische Analyse getrennt ist von der mikroökonomischen bankaufsichtsrechtlichen Analyse. D. h., es sind zwei Bereiche, die mehr oder weniger für sich operieren und wo es mit der Verzahnung, Vernetzung nicht so richtig funktioniert hat. Für mich ein Beispiel dafür, wie diese Vernetzung unzureichend ist, ist der global financial stability report des IWF vom April 2007. Da wird das ganze Problem der Zweckgesellschaften und conduits nicht mal erwähnt. Das gleiche ist die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die ja auch exzellente Analysen macht. Am 24. Juni 2007 bringt sie ihren Bericht, der ansonsten exzellent ist, Zweckgesellschaften und conduits kommen nicht vor. D. h., wir haben hier das Problem, dass diese Institutionen, die makroökonomische Kompetenz haben, offensichtlich nicht ausreichende mikroökonomische Informationen haben, dass auch offensichtlich keine ausreichende mikroökonomische Zusammenarbeit mit denjenigen stattfindet, die mikroökonomisch arbeiten und umgekehrt, die mikroökonomisch agierenden Institutionen haben offensichtlich nicht die richtige Vernetzung mit denen, die makroökonomisch analysieren. Deswegen haben wir auf der nationalen Ebene uns dafür ausgesprochen, dass auch die Bankenaufsicht stärker mit der Geldpolitik verzahnt wird, dass also auch diese Trennung der Bankenaufsichtsbehörde und der Notenbank, dass man die versuchen sollte zu überwinden, noch eine engere Vernetzung hinzubekommen. Das führt dann auch wieder jetzt auf der globalen Ebene zu IWF, wo man sich eben auch fragen muss: Wie kann man dafür sorgen, dass diese Institution, die eine hervorragende makroökonomische Kompetenz hat, bessere mikroökonomische Informationen hat, um dann einfach

besser an die Dinge heranzugehen. Wir haben in unserem Gutachten das, was im Prinzip Herr Sanio gesagt hat, auch versucht darzustellen, indem wir quasi fünf verschiedene Aufgaben für den IWF in diesem Bereich definiert haben, die quasi gestaffelt sind. Für uns war der Kern einer besseren Funktion oder umfassenderen Funktion des IWF die Früherkennung von Risiken. Das ist eigentlich das, was notwendig ist. Und da, das ist quasi die Kernfunktion, da haben wir uns dafür ausgesprochen, dass ein globales Kreditregister geschaffen werden sollte, das dann eben auch die Informationsbasis wäre für diese Früherkennungsfunktion des IWF. Das wäre für uns absolut entscheidend, wenn man überhaupt irgendwelche Fortschritte erzielen will, dass zumindest diese Informationsgrundlage da ist, um damit eine deutlich bessere Früherkennung von Risiken zu erreichen, als das bisher der Fall war. Das Zweite, das wäre dann die Stufe drüber, ist dann das, was die Aufsicht der Aufsicht ist, was Herr Sanio schon angesprochen hat. Das Dritte, worüber man nachdenken könnte, das wäre sicherlich auch interessant, wäre dann die Frage: Festlegung regulatorischer Kerngrößen oder Mindestnormen, also man jetzt Eigenkapitalvorschriften über den Zyklus hinweg verändern will oder wollte, weil es ja durchaus eine Möglichkeit wäre, wäre das sicherlich auch eine Funktion, die der IWF wahrnehmen könnte. Dann die vierte Ebene. Das wäre dann - glaube ich - nicht mehr ganz das, was Herrn Sanio jetzt vorschwebt, wäre eben, dass man sagt: Wäre es denkbar, dass international tätige Institute vom IWF auch beaufsichtigt werden? Das wäre dann der Versuch, dass man wirklich auch Aufsichtsfunktion hat. Und das Letzte, das wäre sicher das umfassende, wäre dann eben auch ein länderübergreifendes Krisenmanagement bei Störungen des Finanzsystems. Das wäre sicher die weitreichendste Funktion. Aus unserer Sicht wären das alles Funktionen, die vom Internationalen Währungsfonds wahrgenommen werden könnten. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass das alles nicht so schnell gehen wird und dass das sicher auch Probleme hätte, was jetzt die Vertretung von Ländern im IWF angeht. Aber uns wäre eigentlich das Wichtigste, dieses Frühwarnsystem zu etablieren, dieses globale Kreditregister zu schaffen, dass diese makroökonomische Institution IWF wirklich die mikroökonomischen Informationen hat, damit er wirklich dieses Nebeneinanderleben von Mikro- und Makrowelt, dass das in Zukunft nicht mehr stattfindet.

Vorsitzender Eduard Oswald: Herzlichen Dank, Prof. Bofinger. Ich gebe gleich weiter wieder an Sie, Herrn Sanio.

Sv Sanio (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Ich denke, ich kann kurz sein. Die Kompetenzen sind vorhanden. Die Akzeptanz ist vorhanden. Herr Bofinger hat zu Recht gesagt, der IWF hat es nicht gesehen, die BIZ hat es nicht gesehen. Wir in Deutschland haben es schon gar nicht gesehen, nämlich den Detonator subprime, der das alles ausgelöst hat, aber die waren eigentlich am nächsten dran - die US-Notenbank, vor deren Haustür es passiert ist, hat es auch nicht gesehen, die hat nicht weggeguckt, sie hat es nicht gesehen. Ich bin insofern ratlos, woran es gelegen hat. Herr Bofinger hat die These

vertreten, die hatten nicht genügend mikroökonomische Daten. Vielleicht haben Sie es auch eben für risikolos gehalten, was in den conduits gelagert. Wahrscheinlich wird das nicht mehr aufzuklären sein, woran es lag. Flächendeckend ist dieser entscheidende Destabilisierungsfaktor nicht rechtzeitig entdeckt worden. Erst als er hochgegangen ist, mussten wir uns mit den Folgen befassen. Wichtig ist, kann ich nur unterstreichen, was Herr Bofinger gesagt hat, die Frühwarnfunktion, also rechtzeitige Identifikation der entscheidenden destabilisierenden Faktoren zu einem Zeitpunkt, wo man ihnen noch entgegenwirken kann. With the benefit of hindsight, das macht keinen Sinn. Der IWF hat im financial stability forum eine wichtige Rolle. Er gibt dort seine Analysen bekannt. Und das ganze financial stability forum ist, wie der Name sagt, darauf gerichtet, die Stabilität des Weltfinanzsystems zu erhalten. Damit ist das Forum wie alle anderen auch gescheitert. Deshalb ist es entscheidend, diese Funktion, Frühwarnfunktion, makroökonomisch, aber auch in der Analyse des Zustandes des Weltfinanzsystems auszubauen. Das ist dann sicherlich ein Punkt, wo der IWF neue Mittel benötigt, um die ganze Sache auf ein völlig neues Niveau zu stellen - nehme ich mal an. Weil es wahrscheinlich kein Zufall ist, dass man es nicht gesehen hat. Irgendwo kommt jedes gute Personal auch an seine Kapazitätsgrenze. Deshalb denke ich, das scheint auch unisono in der Welt die Meinung zu sein, muss der IWF hier neue Mittel erhalten, um das auszubauen und diese Funktion letztlich vor den anderen internationalen Instanzen zu erfüllen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Herr Jochen Sanio. Jetzt die nächste Fragestellung aus der Fraktion der FDP. Es ist unser Kollege Frank Schäffler. Bitte schön, Kollege Frank Schäffler.

Frank Schäffler (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Herrn Häusler und Herrn Prof. Remsperger. Herr Sanio hat ja gerade in seiner bekannten Art sehr deutlich gesagt, wie alle im Prinzip versagt haben. Jetzt ist meine Frage: Wenn wir jetzt das kumulieren und zusätzliche Aufgaben an den IWF weitergeben, was sich dann eigentlich verbessern soll? Also muss man die Ursachen einer, ja, einer effizienteren Finanzmarktregulierung vielleicht nicht anders ansetzen und muss man die Ursachen nicht vielleicht in einer verfehlten Geldpolitik am Ende suchen und weniger, indem man eine internationale Institution mit zusätzlichen Kompetenzen betraut, die schon vorher in ihren Analysen nicht richtig beobachtet hat?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Zunächst Herr Gerd Häusler. Sie sind gefragt. Bitte schön, Herr Häusler.

Sv Häusler: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, ich laufe hier jetzt zwar unter dem Titel RHJI, aber ich glaube, deswegen bin ich nicht eingeladen heute Morgen, sondern weil ich fünf Jahre lang mittendrin dabei war. Lassen Sie mich wie folgt antworten: Ich möchte mich jetzt zu dem eben angesprochenen globalen Finanzstabilitätsbericht nicht äußern. 2007 war

ich nicht mehr da. Aber ich bin derjenige, der das ganze Ding mal erfunden hat gegen heftigen internen Widerstand. Lassen Sie mich vielleicht Folgendes sagen: Sie müssen bei den Schwächen des IWF, und Sie haben ja in meiner schriftlichen Stellungnahme durchaus gesehen, dass ich da in zum Teil sehr undiplomatischer Art und Weise auch die Schwächen angesprochen habe, Sie müssen sehen, dass der IWF eine Reihe von Hürden zu überwinden hat. Das Erste ist ein Erkenntnisdefizit. Er muss selber, wenn sie ein Frühwarnsystem haben wollen, reicht es nicht aus, wenn der IWF nur mit den jeweiligen Regierungen und Aufsichtsbehörden spricht. Das ist eigentlich das Standardverfahren des IWF im makroökonomischen Bereich. Wir haben eingeführt, aber eben auch nur unzureichend, direkt mit Marktteilnehmer zu sprechen, um zusätzliche, wie Herr Bofinger es nannte, vielleicht mikroökonomische Erkenntnisse zu bekommen. Das müsste verstärkt werden. Dazu müssen sie die richtigen Leute haben. Das ist bisher nicht üblich gewesen. Das Zweite ist: Sie müssen ein Analysedefizit aufheben durch die richtigen Fachleute. Das hat Herr Bofinger angesprochen. Ich habe es in meiner Stellungnahme angesprochen. Das können sie nicht hoch genug einschätzen. Der IWF ist eine monolithische makroökonomische Veranstaltung, in der auch gar nicht schlecht ist. Die surveillance, die Beobachtung, verschärfte Beobachtung, die Herr Sanio angesprochen hat, ist dort nicht schlecht. Im Bereich Finanzmärkte hat er damals, der jetzige Bundespräsident, überhaupt erst nur angefangen. Aber es gibt ein Umsetzungsdefizit aus den Erkenntnissen, und das habe ich auch angesprochen, nämlich die Bereitschaft, die Konfliktbereitschaft des IWF dann, wenn die Schuldigen, um mit den Worten von Herrn Sanio zu sprechen, wenn die Schuldigen in großen Ländern sitzen. Wir reden hier in der Regel von den USA. Es sind aber nicht nur immer die USA, und ich darf sagen, weil hier das Wort subprime-Krise gefallen ist, Herr Sanio, ich kann Ihnen nur sagen, in 2005, 2006 ist vielleicht nicht die gesamte Brisanz erkannt worden, aber es durchaus der Sprengsatz erkannt worden. Wir haben mit den Amerikanern seinerzeit gesprochen. Sie wissen, es hat überhaupt keinen Sinn, Amerikaner an den Pranger zu stellen, dann werden sie erst richtig renitent, sondern wir haben das natürlich hinter den Kulissen gemacht. Ergebnis war ja, ja, wir haben das auch erkannt. Wir, ist jetzt die federal reserve gemeint, wir kümmern uns drum. Der Rest der Geschichte ist bekannt. Ich will also sagen: Wenn Sie, Herr Schäffler, alle diese Defizite lösen könnten - Erkenntnisdefizit, Analysedefizit, Umsetzungsdefizit, um es mal so auszudrücken -, dann könnte der IWF aufgrund seiner globalen Reichweite, aufgrund der Tatsache, dass er missions in die Welt schickt und dass er einen Unterbau hat im Gegensatz zum financial stability forum, wie der Name schon sagt, der Name ist ein Forum und es ist keine eigentliche Institution, wenn Sie das lösen, könnte der IWF in der Theorie jedenfalls eine solche Aufgabe durchaus wahrnehmen. In der Praxis ist es aber so, und um Herrn Bernhardt noch mal zu zitieren, wir haben die Zeit nicht, zu warten, etwas Neues aufzubauen. Die Notenbanken sind nun mal im Augenblick der beste Träger von Know-how, den wir im öffentlichen Bereich haben. Das ist nun mal, die treffen sich bei der BIZ, sitzen im financial stability forum. Insofern ist eine Kombination aus FSF/BIZ mit seinen ganzen Ausschüssen

wahrscheinlich die schnellere und viel versprechende Alternative zu einem Ausbau des IWF. Vielen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Herr Prof. Dr. Remsperger, da passt jetzt genau auf den Punkt hier Ihr Beitrag. Bitte schön.

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): Vielen Dank. Einige wenige und knappe Punkte: Ich glaube, dass die Meisten darin übereinstimmen, dass die Frühwarnkapazitäten beim IWF, aber auch bei anderen Institutionen ausgebaut werden müssen. Dazu gehört meines Erachtens, dass man mehr als bisher auch auf die institutionellen Gegebenheiten der jeweiligen Finanzmärkte achtet. Das ist ein Punkt, der nach meiner Beobachtung doch häufig vernachlässigt worden ist. Konkret gesagt: Wenn Missionen nach Deutschland kommen, dann ist es eben sehr, sehr wichtig, dass sie sich vorher intensiv auch beschäftigt haben mit dem deutschen Finanzsystem. Hier hat es in der Vergangenheit manchmal doch gemangelt an Einsichten über dieses System. Hinzu kommt, dass wir - glaube ich - auch global gesehen bessere Modelle benötigen. Aber auch das ist leichter gesagt als getan. Insgesamt möchte ich doch etwas vor der Illusion warnen, dass selbst der beste Ausbau von Frühwarnkapazitäten uns wie ein Ampelsystem zeigen könnte, wo künftige Krisen sind. Ich wehre mich nicht dagegen, in eine solche Richtung zu gehen. Aber ich glaube, die jetzige Krise sollte einen auch etwas bescheiden machen in der Frage der Analysekapazitäten. Mein zweiter Punkt, das ist auch schon angesprochen worden von Herrn Bofinger: Sollte man nicht stärker gehen in Richtung einer antizyklischen, ich fasse das ganz kurz zusammen, in Richtung einer antizyklischen Regulierung. Herr Bofinger, Sie haben das - glaube ich - auch als eine Aufgabe gesehen, die der IWF wahrnehmen könnte. Aber auch hier möchte ich warnen. Wie soll das konkret aussehen? Wie soll der IWF in der Lage sein, solche Systeme zu entwickeln, die dann antizyklisch reagieren? Ich habe da so gewisse Probleme, ob dies möglich ist. Allein schon in der Frage, ob man gut diagnostizieren kann, wo wir uns konjunkturell jeweils befinden, und es wird noch schwieriger sein. Wir sehen es ja am gegenwärtigen Prognosespektrum, zu sagen, wo es konjunkturell hingeht. Insgesamt bin ich der Auffassung, und da teile ich das, was Herr Bofinger gesagt hat, wir brauchen letztlich in Regulierung und Aufsicht einen umfassenden, manche sagen holistischen Ansatz, der den Blick auf die einzelnen Institute, verknüpft mit einem Blick auf die Finanzmärkte und all das kombiniert mit der makroökonomischen Entwicklung. Es wurde aber auch die Frage gestellt, ob möglicherweise eine verfehlte Geldpolitik dazu beigetragen haben könnte, dass sich die Märkte und natürlich auch die Finanzinstitute so entwickelt haben, wie das geschehen ist. Ich würde jetzt nicht von verfehlter Geldpolitik reden wollen, gebe aber gleichwohl zu bedenken, dass eine relativ lange Phase niedriger Zinsen mit dazu beigetragen hat, dass die sog. Suche oder Jagt nach Rendite sich intensiviert hat. Insofern ist in diesem ganzen Ursachengeflecht, also diese Komponente nach meiner Einschätzung auch nicht zu übersehen, ist mit zu berücksichtigen. Ich will aber eines noch betonen, auch in der Analyse zurückschauend.

Es klang zum Teil schon an. Ich finde, man muss auch noch mal unterstreichen, ich will es jedenfalls, dass das zersplitterte Aufsichtssystem in den Vereinigten Staaten, wenn man überhaupt von einem System reden kann, mit dazu beigetragen hat, dass die Entwicklung so gekommen ist, so wie wir sie jetzt leider beobachten müssen, und hier ist ja - Gott sei Dank - einiges unterwegs. Die Bankenaufsicht oder die Finanzaufsicht - ganz allgemein gesprochen - muss sich, also nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten, verändern. Herr Sanio sagt, wir hoffen es. Ich hoffe das mit Ihnen. Danke sehr.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir haben Ihnen zu danken. Die nächste Fragestellung kommt aus der Fraktion DIE LINKE. Es ist unser Kollege Dr. Axel Troost. Bitte schön, Kollege Dr. Axel Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE.): Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich würde mit meiner Frage noch mal das Gesamtsystem vielleicht ein bisschen öffnen wollen und würde Herrn Wahl und den DGB fragen, inwiefern Sie im Verfahren und den Ergebnissen des G 20-Gipfels insgesamt einen Schritt in Richtung mehr Demokratie und Multilateralismus im internationalen, im globalen Finanzsystem sehen und wie groß ist möglicherweise auch die Gefahr, dass durch die Ausweitung von G 8 auf G 20 die mit aufgenommenen Länder irgendwie in den Club der Großen, in den Club der Herrschenden integriert werden und damit möglicherweise die schwächeren Länder sogar an Einfluss verlieren könnten.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Kollege Dr. Troost. Zuerst bitte ich Herrn Peter Wahl von weed - Weltwirtschaft um seinen Beitrag. Bitte schön, Herr Peter Wahl.

Sv Wahl (weed - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e. V.): Danke schön. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist in der Tat sehr sinnvoll, einmal eine etwas größere Perspektive einzunehmen und die gegenwärtige, tiefgreifende Krise von historischen Dimensionen zum Anlass zu nehmen, das Governmentsystem im internationalen Finanzsektor und überhaupt in der Weltwirtschaft zu überdenken. Krisen bieten ja auch Chancen, und ich glaube, wenn diese Chance jetzt nicht genutzt wird, verliert man also wirklich eine Möglichkeit, die Weltwirtschaft zu reorganisieren und sie damit auf die Höhe der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bringen, zu denen ja nicht nur rein ökonomische Fragen gehören, sondern auch die Bewältigung etwa der Klimakatastrophe. Das einleitend. Präziser zum Thema G 20: Ich glaube, dass die Ausweitung der G 8 auf die G 20 ein richtiger Schritt ist in eine richtige Richtung. Es war längst überfällig, die gegenwärtigen internationalen Governmentsstrukturen, sei es der IWF, der 1944 gegründet worden ist und in seinen Strukturen und seinen Regularien nicht mehr zeitgemäß ist, sei es die G 8, die in den 70er Jahren gegründet worden ist, 75 nach dem Ende der Bretton-Woods-Ära. Auch das ist nicht mehr zeitgemäß. Die Welt hat sich verändert. Von daher ist das - glaube ich - eine unbedingt längst überfällige

Entwicklung, wenn jetzt die G 20, wie es sich abzeichnet, zu so etwas wie dem zentralen Steuerungs- oder Governancesystem werden könnte, dass diese globalen Fragen bearbeitet, in erster Linie natürlich die ökonomischen. Allerdings muss man dazu sagen, dass auch diese Entwicklung noch ihre Grenzen hat. Im Prinzip haben wir ja mit der UNO eine Struktur, die dazu berufen wäre, dieses zu tun. Als die UNO gegründet worden ist, ist mit dem ECOSOC die Vorstellung verbunden gewesen, eine dem Sicherheitsrat gleichrangige Institution zu schaffen mit weitgehenden Kompetenzen. Allerdings können wir uns die Welt natürlich nicht backen, sondern müssen davon ausgehen wie sie ist. Insofern würde ich sagen, dass man die G 20 zunächst einmal als positive Entwicklung sehen muss, dass man aber darauf achten sollte, sie einzubinden in das UNO-System, das, was der IWF nie getan hat und was mit dem IWF nie gemacht worden ist. Im Gegenteil, der IWF ist zu so etwas wie einer Konkurrenz- oder Alternativeinrichtung gemacht worden, die zur Marginalisierung der UNO beigetragen hat. Aus diesem Grunde also wäre es sinnvoll, eine Rückbindung, eine demokratische Legitimation für diese emerging institution der G 20 aus der UNO zu beziehen und sie damit auch zu erweitern, insbesondere zu erweitern um die ärmsten Staaten. Jetzt nicht alle, sondern man kann sich vorstellen, dass etwa für Afrika die OAU, oder andere regionale Organisationen hineinkommen. Oder man kann den Vorschlag von Robert Zoellick aufgreifen, der vorgeschlagen hat, als ersten Schritt ein armes afrikanisches Land über Südafrika hinaus in die G 20 aufzunehmen. Mit einer solchen Entwicklung würde auch die Stellung des IWF und seine Funktion im internationalen System sich verändern müssen. Wir schlagen vor, und das ist ein Vorschlag, der in der Zivilgesellschaft breit diskutiert wird, wir schlagen vor, die Rolle, die Funktion des IWF zurückzuschneiden, sie quasi unter der Aufsicht, unter der politischen Führung des neuen, entstehenden und zu demokratisierenden G 20, so etwas wie eine globale Durchführungsorganisation zu werden. Wenn Sie einen Vergleich wollen, so etwas wie die KfW auf globaler Ebene und natürlich nicht mit ihren Fehlüberweisungen, ...

Heiterkeit

Sv Wahl (weed - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e. V.): ... aber vom Prinzip her. Dies würde bedeuten, dass sie weiterhin natürlich die Funktion behalten könnte als quasi „lender of last resort“. Ich sag quasi, weil lender of last resort ja eigentlich die Kompetenz zum Gelddrucken beinhaltet - aber diese müsste beschränkt sein - nicht mit den klassischen Strukturanpassungsaufgaben, die in den vergangenen 20 Jahren gemacht worden sind, denn die haben dazu geführt, dass der IWF Bestandteil des Problems und nicht der Lösung geworden ist. Last but not least wäre an dieser Stelle anzuschließen, dass es natürlich nicht nur reicht, die Struktur zu verändern, eine Demokratisierung zu betreiben, sondern absolut notwendig ist, auch das wirtschaftspolitische Leitbild des IWF gründlich zu reformieren und zu überdenken. Die gegenwärtige Krise ist nicht nur eine Krise des Finanzsektors, die jetzt übergeschwappt ist in die Realwirtschaft, sondern sie ist auch die Bankrotterklärung eines

wirtschaftspolitischen Leitbildes, einer bestimmten Richtung zu denken. Und wenn eben gesagt worden ist von einem meiner Vorredner, niemand hat es gesehen, niemand hat es gewusst, dann würde ich dem doch widersprechen wollen. Es gab zahlreiche Personen, die das wussten, und auch Institutionen, indem immer wieder auf die Gefahren hingewiesen worden. Aber es ist natürlich klar, wenn man einem Leitbild vertraut, wonach der Markt und seine Selbstheilungs- und Selbstregulierungskräfte in der Lage wären, ein derart komplexes globales System sich selbst regulieren zu lassen, dann darf man sich nicht wundern, wenn man diese Pleiten erlebt, wie wir sie jetzt ununterbrochen erlebt haben und auch weiterhin erleben werden. Deswegen ist also neben einer sehr gründlichen Reform, einer - zweitens - Neujustierung im internationalen globalen Governmentsystem, auch - drittens - schließlich ein neues Leitbild notwendig, das aus der Vergangenheit die Lehren zieht und jetzt nicht, wenn die Krise vorbei sein sollte, meint, zur Tagesordnung übergehen zu können, business as usual zu betreiben. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Das war die Antwort von Peter Wahl auf die Frage des Kollegen Dr. Troost, Fraktion DIE LINKE. Jetzt der Deutsche Gewerkschaftsbund. Ich gehe davon aus, dass es Dr. Payandeh macht. Ich gebe ihm gerne das Wort.

Sv Dr. Payandeh (Deutscher Gewerkschaftsbund): Vielen Dank für die Einladung. Ich kann nur dem Beitrag meines Vorredners auf der ganzen Linie zustimmen. Die Erweiterung von G 8 auf G 20 ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir sehen es auch, angesichts der Dominanz dieser Volkswirtschaften in der Weltwirtschaft, für sinnvoll an, dass die eingeladen wurden, der Kreis erweitert wurde und dadurch sozusagen die eigentlichen Akteure auf dem Weltmarkt zusammengekommen sind, um dieser Krise schnellstmöglich mit Maßnahmen entgegenzutreten. Das ist es, was wir begrüßen als ersten Schritt. Das hat auch damit zu tun, dass die UNO in ihrer Größe als Organisation kaum in der Lage ist, schnell zu handeln. Insofern war es ein richtiger Schritt. Man muss verlangen von diesem G 20-Kreis, dass er auch aus sich heraus die Belange der Entwicklungsländer und der anderen Schwellenländer, die nicht da drin waren, dabei waren, vertritt, denn die Turbulenzen, die jetzt überwiegend auch in den entwickelten Gesellschaften stattgefunden haben, betreffen nicht nur die entwickelten Gesellschaften. Die Verwerfungen für Entwicklungsländer sind massiver. Also allein die Deregulierungen in den vergangenen Jahren haben massiv den Entwicklungspfad vieler Länder beeinträchtigt. Auch die Intention des IWF, viele Märkte sozusagen in die internationale Arbeitsteilung zu integrieren, jedoch ohne dass auf internationaler Ebene Institutionen da sind, die regulierend wirken ...Wir haben keine Ausgleichsmechanismen weder in sozialer Hinsicht noch in ökologischer Hinsicht. D. h., wir haben eine Transformation der nationalen Finanzmärkte auf globaler Ebene gefördert, und es ist vollzogen worden, ohne dass dafür geeignete Institutionen vorhanden sind. Einen der wesentlichen Gedanken sehen wir darin, da werden sowohl Entwicklungsländer als auch Schwellenländer, unseres Erachtens auch entwickelte Gesellschaften, massiv davon

profitieren, wenn wir hinkriegen würden, diese monetäre Störung, die von den Finanzmärkten ausgeht, und dann auch die Realwirtschaft erfasst, zu regulieren. Diese Regulierung ist sinnvoll, sowohl realwirtschaftlich als auch geldwirtschaftlich, monetär gesehen. Ich habe, in unserem Beitrag steht auch drin, ich habe noch mal geguckt, wo passieren diese ganzen Finanztransaktionen in welcher Form. Die Kollegen hier wissen, wenn eine Entscheidung getroffen wird für das Halten eines Finanztitels in einem anderen Währungsraum, ist gleichzeitig eine Entscheidung für oder gegen eine Währung. Damit geht einher, mit den Turbulenzen, mit der Instabilität auf den Finanzmärkten, eine Instabilität der Währungsbeziehungen und der Wechselkurse. Diese haben wir seit Sommer. Und das betrifft nicht nur Entwicklungsländer, das betrifft auch entwickelte Gesellschaften. 27 Prozent, es ist unglaublich, 4 000 Milliarden US-Dollar werden täglich umgesetzt auf Devisenmärkten. Diese, und alles ist nicht nur Ausdruck der Spekulation, das ist in erster Linie Ausdruck der Unsicherheit. Unternehmen versuchen mit Devisentermingeschäften sich abzusichern. Das Gleiche passiert natürlich viel schlimmer bei Entwicklungsländern, Schwellenländern, die nicht in der Lage sind, überhaupt ihre Wechselkurse mit den mühsam aufgebauten Devisenreserven aufzufangen. Diese Probleme sind leider bisher gar nicht betroffen. Auch seitens des Bundesfinanzministeriums wird stets gesagt, kein besseres Wechselkurssystem ist geplant. Wir plädieren dafür -den Entwicklungsländern, den Schwellenländern, auch den Industrieländern wäre sehr viel geholfen - wenn wir es in erster Linie hinkriegen, nach dem erfolgreichen Modell des Europäischen Währungssystems, ein globales Währungssystem hinzukriegen und als ersten Schritt vor allem zwischen Euroraum und Dollarraum. Dies aus einem einfachen Grund: 27 Prozent des täglichen Devisenhandels erfolgt zwischen Dollar- und Euroraum. Allein dieses Instabilitätspotenzial ist immens. Zwei große Akteure, die sehr preisstabilitätsorientierte Geldpolitik der EZB ist lobenswert und auch die sehr wachstumsorientierte Politik der FED ist lobenswert, können sich in ihrer Politik sehr ergänzen. Insofern ist unser Plädoyer dafür die Grundlage zu schaffen, dass die Krisen nicht entstehen. Dann können diese Faktoren, die auch zu Recht genannt worden sind, Frühwarnsysteme und Ausweitung der Befugnisse des IWF oder der anderen Institutionen, auch greifen, ohne eine solche gegenseitige Ergänzung werden sie nicht greifen. Das ist das Hauptproblem.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Das war die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf die Frage des Kollegen Dr. Axel Troost, Fraktion DIE LINKE. Jetzt gehen wir zur Fragestellung durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Dr. Gerhard Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich möchte mich an Herrn Häusler und an Herrn Dieter wenden. Erste Frage: Es ist vorher so angeklungen, wir sind jetzt unter Zeitdruck, man muss schnell die Institution nehmen, die am stärksten schon bereit ist. Ich würde sagen, es lohnt sich doch, wenn man langfristige Strukturen aufbaut auch ein bisschen über den aktuellen Stand hinaus zu schauen. Da wäre ich noch mal dankbar für

eine Bewertung zwischen IMF, der bestimmte Voraussetzungen heute schon hat, und einer G 20 oder UNO-Struktur, die eben auch andere Länder noch weiter umfassen kann, auch vielleicht andere Legitimations- und Akzeptanzstrukturen hat. Meine zweite Frage: Ich fand es sehr hilfreich mit dem Erkenntnisanalyse- und Durchsetzungsdefizit. Wenn man jetzt wie die Bundesregierung eine verbindliche Teilnahme am financial stability action plan und diesen Überprüfungen fordert, was heißt dann verbindlich? Kann ein Land das - sozusagen - hintertreiben, dass man trotzdem nichts findet? Oder ist so eine Vereinbarung dann wirklich zielführend? Sie, Herr Häusler, haben eben den Punkt angesprochen, dass man ja das nicht durchsetzen kann gegenüber den USA. Logisch. Wenn man eine Institution hat, die von den USA abhängt, kann die gegen die USA nichts durchsetzen. Bräuchte man WTO-artige Strukturen von Streitschlichtung international, damit andere Länder, die sich negative Auswirkungen durch die USA ausrechnen können, eben der Akteur sind und die Überwachungsinstitution selber. Ist verständlich geworden, was ich damit meine? Ja. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Ich beginne bei Ihnen, Herr Dr. Dieter, Stiftung Wissenschaft und Politik. Bitte schön, Herr Dr. Dieter.

Sv Dr. Dieter (Stiftung Wissenschaft und Politik): Vielen, herzlichen Dank. Ich nehme Stellung zur ersten Frage - der Zeitdruck, der auf uns zu lasten scheint und der zwingt sozusagen auf den erst besten Akteur, nämlich den Internationalen Währungsfonds, zuzugehen. Vielleicht erst mal eine Vorbemerkung. Wir haben uns natürlich in den vergangenen Jahren, und wir heißt jetzt die OECD-Länder, vergleichsweise wenig mit der Reform der internationalen Finanzarchitektur beschäftigt. Es galt lange die Einschätzung, dass die Dinge, wie sie geordnet sind, vergleichsweise gut geordnet sind, und dass eine Neuordnung der internationalen Finanzarchitektur eigentlich nicht notwendig wäre. Das galt eigentlich bis zum Jahr 2007, und bis zum Jahr 2007 war man mit den existierenden Institutionen - auch mit dem IWF - ganz zufrieden. Insofern ist es ein Stückweit auch selbstverschuldet, und ich würde der Frage, ob jetzt der IWF der unmittelbar sich aufdrängende Kandidat denn sein muss, antworten wollen mit einer Gegenfrage: Ist denn der IWF außerhalb des OECD-Raumes ein akzeptierter Akteur? Ist denn die Legitimation des IWF in Ländern wie Brasilien oder Südkorea denn ausreichend? Mein Eindruck ist, dass wir uns, wir wiederum als OECD-Länder, noch viel zu wenig Gedanken darüber gemacht haben, wie denn der IWF wahrgenommen wird in Ländern, die natürlich auch zum engeren Kreis der Akteure in einer neuen Finanzarchitektur gehören müssen. Man muss jetzt nicht nach Argentinien gehen, um ein besonders kritisches Bild des IWF zu bekommen. Es reicht aus, wenn man nach Ostasien geht. Auch in Ostasien sind die Vorbehalte gegenüber dem IWF in seiner heutigen Form noch sehr ausgeprägt. Ich will darauf hinweisen, dass wir gerade am vergangenen Wochenende eine vergleichsweise bemerkenswerte Konferenz von drei ostasiatischen Akteuren hatten, nämlich von China, Japan und Südkorea, die am vergangenen Wochenende in all der Diskussion, die wir gegenwärtig haben um eine neue internationale Finanz-

architektur, ihre historischen Konflikte zumindest in diesem Teilbereich überwunden haben und sich zusammengesetzt haben und gegenseitig Liquiditätslinien und zwar Swap-Vereinbarungen getroffen haben. Ich finde das bemerkenswert und finde, wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass außerhalb des transatlantischen Raumes eine ganze Reihe von Entwicklungen stattfinden, die eben nicht auf den IWF zulaufen, sondern die eher auf so etwas wie einen monetären Regionalismus insbesondere in Ostasien hinlaufen. Die G 20 ist natürlich ein Projekt, das schon seit langem diskutiert wird. Auch hier, muss ich sagen, haben wir vermutlich zu lange gewartet, der G 20 eine gewisse Funktion zu geben. In Heiligendamm gab es sozusagen erste Überlegungen oder erste Schritte, um den G 8-Kreis zu erweitern. Das hätte man vermutlich schon sehr viel früher tun können, und man läuft jetzt den Versäumnissen der Vergangenheit ein Stückweit hinterher. Es ist richtig, die G 20 geht ja zurück auf den Vorschlag des früheren kanadischen Premierministers Paul Martin, dass man da schon eine relativ interessante Gruppe von Akteuren zusammen hat, die die wesentlichen Marktteilnehmer oder die wesentlichen Akteure im internationalen Raum zusammenfasst. Die zweite Frage, die Herr Schick stellte, ist ein Kernproblem der Überwachung, nämlich: Wie sanktioniert man, wenn man Fehlentwicklungen feststellt? Zunächst will ich noch darauf hinweisen, dass die Einschätzung von Herrn Wahl auch eine Einschätzung ist, die ich teile. Die Krise in den USA kam jetzt nicht ganz so überraschend, wie es in der Diskussion so anklang. Man hat schon vergleichsweise früh bei einigen, von Seiten einiger wichtiger Akteure, beispielsweise der Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich, darauf hingewiesen, dass sich da etwas aufbaut, was nicht nachhaltig ist. Ich will nur einige wenige Zahlen erwähnen. Amerika, Sie wissen das alle genauso gut wie ich, hat eine vergleichsweise geringe Sparquote bis gar keine Sparquote. Private Haushalte, die Realeinkommen für knapp 97 Prozent der amerikanischen Arbeitnehmer sind zwischen 2000 und 2006 real nicht gewachsen oder gar gesunken. Amerika hat 700 Milliarden Kapital jedes Jahr importiert und das ganze bei steigenden Hauspreisen. Dass das nicht nachhaltig ist, war vielen Leuten klar. Wo, ich räume ein, dass man nicht genau wusste, wo sozusagen letztendlich die Krise ihren Ausgangspunkt genommen hat. Aber dass dieses amerikanische Wirtschaftsmodell auf fragwürdigen Grundlagen basierte, war relativ vielen Akteuren klar, konnte man auch nachlesen, konnte man auch in verschiedenen Stellungnahmen nachlesen. Insofern, die Problematik, dass man das nicht wusste, oder die Einschätzung, dass man das überhaupt nicht erahnen konnte, die stimmt nicht. Ich will noch auf eine andere Krise, die zehn Jahre zurückliegt, kurz eingehen - die Asienkrise. Auch damals sagt der Chef der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Andrew Crockett: wir wussten, wir hatten die Daten, es kommt nur darauf an, wie man die Daten interpretiert. Und es ist bekanntlich so, dass die gleichen Daten in unterschiedlichen Phasen der Finanzmarktentwicklung unterschiedlich interpretiert werden. Das ist ein Problem der Überwachung. Aber das zentralere, und hier komme ich wieder zurück zur Frage von Herrn Schick, das zentralere Problem ist, selbst wenn es erkannt wird, wenn erkannt wird von Aufsichtsbehörden oder von Marktteilnehmern, dass hier eine nicht nachhaltige Entwicklung sich aufbaut, wie sanktioniert man dann.

Welcher Akteur sanktioniert wie? Das ist ganz problematisch. Es ist zwar eine ganz einfache Frage. Aber es ist eine ganz schwierige Antwort. Mit welchen Maßnahmen bekommen sie denn, und die Frage muss erlaubt sein, die Amerikaner dazu, einer Fehlentwicklung im eigenen Lande mit entsprechenden Maßnahmen entgegenzutreten? Wir erinnern uns noch alle sehr gut, wie die amerikanische Geldpolitik über viele Jahre glorifiziert wurde. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, wie Herr Greenspan als Magier der Finanzmärkte über den grünen Klee gelobt wurde. Diejenigen Akteure, die gesagt haben, eine asymmetrische Geldpolitik, wie sie die FED betreibt, die also Blasen nicht betrachtet, wenn sich die Blase entwickelt, die aber Blasen dann betrachtet, wenn sie platzen und mit einer sehr lockeren Geldpolitik drauf antwortet. Diejenigen, die das kritisiert haben, wurden sozusagen als ewige Skeptiker diffamiert oder kritisiert. Also, es ist ein Problem. Wie sanktioniert man, wenn man Fehlentwicklungen erkannt hat?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Herr Dr. Heribert Dieter. Jetzt gebe ich Ihnen, Herr Häusler das Wort. Bitte schön.

Sv Häusler: Vielen Dank. Ich glaube, die Fragen von Herrn Schick gehen wirklich an den entscheidenden Kern der ganzen Sache, dass man vor lauter Krisenmanagement auch nicht vergisst, mal vielleicht einen Blick in die Zukunft zu werfen, der länger als nur 12 Monate nach vorne schaut. Ich möchte noch mal in aller Deutlichkeit diejenigen Stimmen hier unterstützen, die sagen, dass diese Geschichte, diese Finanzmarktkrise, vielleicht in ihrem Ausmaß und ihrer Heftigkeit synchronisiert rund um die Welt so nicht gesehen worden ist. Aber die berühmte Schrift an der Wand ist sehr wohl gesehen worden von sehr vielen. Das Problem mit allen internationalen Institutionen und dann natürlich auch mit dem IWF ist es, ob man schon laut schreien darf und kann, wenn nur sozusagen sich dicke Wolken am Horizont zeigen, oder muss man erst den empirischen Beweis bringen, dass es stark und heftig zu regnen begonnen hat, bevor man sich laut an die Öffentlichkeit wenden soll. An diesem Gleichnis, an dieser Metapher sehen Sie, was das Problem aus meiner Sicht ist. Diejenigen, die damals, Herr Sanio wird sich vielleicht noch erinnern, die im November 2003 die Amerikaner gewarnt haben vor ihrer Niedrigzinspolitik, dass es zu einem return of the dumb money kommen würde, analog zu früheren Krisen, sind natürlich bei seiner Heiligkeit Alan Greenspan überhaupt nicht gut angekommen, und der hatte damals den Heiligenschein. Auch beim IWF muss ich sagen, und Herr Sanio wird sich vielleicht noch an die Zeit erinnern können, haben die Amerikaner nur von Deflation gesprochen, ausschließlich. Und Sie werden mir nachsehen, wenn ich das heute wieder höre und lese in den Zeitungen, dass nur Deflation ..., da kommt bei mir so ein gewisses déjà vu. So, genug der Emotionen. Jetzt zu Ihrem Punkt: Man muss beim IWF Folgendes noch sehen: FSAP, um Ihre Frage konkret anzuschneiden, FSAP, kann man sich verpflichten. Die Amerikaner könnten das. Das ist übrigens auch an Personen gescheitert, ausschließlich von Alan Greenspan seinerzeit verhindert worden. Sie müssen dann allerdings den Amerikanern das

Gegenargument, was Greenspan genommen hat, entwenden, dass da lautete: ihr habt eh keine Ahnung von modernen Finanzen und den modernen Finanzsystemen, ihr könnt mir, also als dem Chef der Notenbank, sowieso nichts Neues erzählen. Und das wiederum heißt, dass die missions, die man dort hinschickt, bitte sehr nicht wieder überwiegend aus Makro-ökonomen rekrutiert werden, die sich dann über Zahlungsbilanzdefizite und Leistungsbilanzen und Wechselkurse unterhalten, sondern das müssen schon Leute sein, die was vom Finanzsystem, mikroökonomisch, aufsichtlich usw. verstehen. Die Stellung des IWF ist in der Tat in der Welt sehr umstritten, außerhalb jedenfalls der OECD, das Wort ist schon gefallen. Sie müssen sehen, dass der IWF eben mehr als eine Funktion hat; diese Surveillance-Funktion, das mag gerade noch angehen. Es ist uns sehr schwer gefallen, in den Ländern Ostasiens, Herr Dieter hat es angesprochen, oder anderswo zu sagen, ich als Leiter der Kapitalabteilung, ich bin kein Polizist, sondern ich komme gewissermaßen als Beobachter. Dagegen, die Polizeifunktion des IWF und der FSAP ist schon in der Nähe der Polizeifunktion, führt in Ostasien nach wie vor zu erheblichen Beißreaktionen. Das kommt daher, dass der IWF eigentlich, er wird ja auch als Erfüllungsgehilfe der US-treasury von fast allen Mitgliedsländern gesehen, er ist natürlich jemand, der ein Portemonnaie hat. Und die Länder, die wissen, und wir sind genau an der Stelle ja heute wieder, die Entwicklungsländer, die wissen, dass sie ganz plötzlich vielleicht aufkreuzen müssen und müssen einen großen Kredit bekommen, um zahlungsbilanzmäßig sich über Wasser zu halten, und dieser Wohlverhaltensdruck, der von den Ländern der G 7 ausgeübt wurde, vor allem von den Amerikanern, hat natürlich in Ostasien, in Lateinamerika, in gewissem Umfang auch in Russland zu erheblichen, zur erheblichen, ja, ich sage es mal, Beißreflexen geführt. Und so weit man das nicht auseinanderhalten kann, wird sich daran nichts ändern. Deswegen wird der IWF auch als einen Club der Gläubiger angesehen von diesen Ländern und nicht als ein sozusagen even-handed-approach. Aus deutscher Sicht kann ich das verstehen. Wenn ich Gläubiger bin in hohem Umfang, will ich mein Geld auch wiederhaben. Da spricht sozusagen der Geschäftsmann jetzt. Also, wir müssen das klar unterscheiden: surveillance versus Kreditgeberfunktion, FSAP ist als Polizeifunktion in der Mitte etwa. Die Frage ist allerdings, Herr Schick: Welche Alternativen gibt es? Da würde ich sagen: Da keine der in Frage kommenden Institutionen, egal ob sie schon da sind oder ggf. zu schaffen wären, mit Sanktionsbefugnissen, mit formalen Transaktionsbefugnissen ausgestattet sein werden. Wir leben in einer Welt von souveränen Staaten. Und meine Damen und Herren, was wir heute sehen an den Finanzmärkten, ist eine Renationalisierung der Finanzmärkte in einer Geschwindigkeit und Brutalität, die ich mir vor einem Jahr nicht hätte vorstellen können. In einer solchen Welt, in einer solchen Welt eine internationale Institution mit einem Sanktions-, einen formalen Sanktionsmechanismus auszustatten, ist in den USA jedenfalls ein absoluter non-starter. Was glauben Sie, warum mein Kollege Tim Geithner, der künftige Finanzminister, die Tatsache, dass er zwei Jahre mein Kollege im IWF gewesen ist, lieber verschweigt, weil es in der Vita eines Amerikaners nicht gut ankommt, bei einer internationalen Organisation gewesen zu sein. Deswegen ist der einzige Sanktionsmechanismus, den

es wirklich gibt, ist name and shame, sozusagen über die Öffentlichkeit die Prangerwirkung, die davon ausgeht, dass das Finanzsystem des Landes A, B oder C über erhebliche Schwächen verfügt. Das kann nachher im Verbund mit der vielleicht eines Tages wiedererwachenden Marktdisziplin dazu führen, etwas zu können... wenn das aber so ist, dann kommt es auf die formalen Dinge nicht an und dann kann das die BIZ, das FSF meines Erachtens mit derselben Konsequenz, wenn es dann nur so wollte. Da haben wir, Herr Sanio und ich, beide die Erfahrung gemacht, dass das FSF viele Jahre vor allem unter amerikanischem Vorsitz überhaupt keine Lust gehabt hat, sich diesen Schuh anzuziehen, des name and shame. Ganz im Gegenteil.

Vorsitzender Eduard Oswald: Herr Häusler, vielen herzlichen Dank. Das waren die Antworten auf die Fragen unseres Kollegen Dr. Gerhard Schick. Jetzt kommt der nächste Fragesteller, und zwar aus der Unionsfraktion, Kollege Leo Dautzenberg, Obmann der Fraktion. Bitte schön, Kollege Leo Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte meine Fragen richten einmal an Herrn Dr. Stein, Executive Director IWF, und an die Marktteilnehmer, nämlich Zentraler Kreditausschuss. Wir haben jetzt Vieles zur Neuausrichtung gehört. Gegenstand der Anhörung ist aber auch die Gesetzesgrundlage der Quotenverteilung. Ich glaube, da gibt es nicht viel zu diskutieren, dass das der richtige Weg ist. Herr Dr. Stein, ich würde Sie damit konfrontieren, was auch Herr Häusler gesagt hat: Also, muss noch mehr im Grunde beim IWF von der Struktur her vollzogen werden, ehe man überhaupt dann diese zusätzliche Aufgabenerfüllung erwarten kann? Wenn Sie selber auch beschreiben als auch andere, dass es bei der Einnahmeerzielung des Fonds bisher auf die Kreditgewährung ankam und deshalb Verwerfungen in Ländern sein mussten, damit Kredit gewährt wurde und das zu Einnahmen dann auch des IWF führte. Ist das damit vereinbar, wenn er nachher auch, ich sage mal, beobachtende Funktionen übernehmen muss? Und muss die Finanzstruktur des IWF nicht noch weiter anders ausgerichtet werden, dass er da unabhängiger von diesen Maßnahmen, wie er sich jetzt finanziert, dann wird? Das würde ja darüber hinausgehen, was wir bisher auch hier auf gesetzlicher Grundlage haben. Und an den ZKA, wie er die Strukturen sieht und was zukünftig erforderlich ist auch als Marktteilnehmer in diesem System.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Kollege Leo Dautzenberg. Ich gebe jetzt dem Internationalen Währungsfonds, Ihnen, Herrn Dr. Klaus Stein, das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Stein.

Sv Dr. Stein (Internationaler Währungsfonds): Besten Dank. Wenn ich vielleicht auch ein bisschen ausholen darf um zwei, drei Punkte, die bis jetzt angesprochen worden sind, vielleicht unterstreichen. Ich glaube, wir müssen sehr klar unterscheiden zwischen der

Krisenbewältigung, die wir zu betreiben haben, und hier ist in der Tat keine Zeit vorhanden. Da müssen alle Akteure agieren. Das ist im Wesentlichen auch eine nationale Aufgabe, wenn wir an den Finanzmarktsektor denken. Aber hier wurde ja auch weitgehend gehandelt mit Garantien und Rekapitalisierung und Einlagensicherung. Ob das alles ausreicht, ist eine zweite Frage. Auf internationaler Ebene hat der IWF gehandelt, indem er einem halben Dutzend Ländern, die über die Finanzmarktkrise in eine Wirtschaftskrise geraten sind, bereits Kredite zur Verfügung gestellt hat, und das relativ schnell. Das hat so ein bisschen auch all denjenigen widersprochen, die glaubten, dass der IWF eigentlich nicht wirklich handlungsfähig ist. Auch die Frage der Erkenntnis dessen, was sich am Finanzmarkt tut, ist am IWF auch nicht wirklich vorbeigegangen. Der IWF gehörte zu denjenigen, die bereits im Jahre 2006 darauf hingewiesen haben, dass in bestimmten Segmenten der strukturierten Produkte es zu einem Austrocknen der Liquidität kommen kann. Das steht im GFSR drin, aber es steht natürlich nicht auf der ersten Seite, in der ersten Zeile, wo es vielleicht hätte hingeschrieben werden müssen, wenn man wirklich warnen will. Es stand eben irgendwo im laufenden Text. Aber die Experten, die diesen Text lesen, die hätten das wissen können und sie hätten es erkennen können. Deswegen, glaube ich, ist auch nicht nur das Warnen vor einer Krise wichtig, sondern es muss auch jemanden geben, der zuhört, wenn man warnt. Das, glaube ich, war in der Zeit vor 2007 nicht sonderlich der Fall. Das Zweite ist eben, dass man dann Reformen angehen muss. Hier, denke ich, haben wir durchaus länger Zeit. Hier muss man sich dann auch überlegen, welche Rolle der IWF übernehmen kann. Hier ist schon an vielen Stellen gesagt worden von Herrn Remsperger, von Herrn Sanio und von anderen, und es ist - glaube ich - auch international mittlerweile ziemlich konsensfähig, dass es hier zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem IWF und dem FSF kommen soll und dass der IWF durchaus auch eine stärkere Legitimation bekommen soll, und hier komme ich dann hin zu der Quote, auch das steht in dem G 20-Gipfel-Statement drin, dass auch darüber nachgedacht werden soll, eben die Stimmverteilung innerhalb des IWF noch mal zu überdenken. Das haben wir nun gerade getan. Vor einem halben Jahr hat der Gouverneursrat eine Entscheidung des board akzeptiert, womit die Quotenverteilung eben mehr hin geht zu dem tatsächlichen wirtschaftlichen Gewicht, das die einzelnen Länder in der Weltwirtschaft haben, und diese Entscheidung werden wir möglicherweise dann jetzt noch mal etwas revidieren müssen. Allerdings muss ich hier auch sagen, dass wir uns dann vielleicht auch ganz neuen Dingen zuwenden müssen. Denn so sehr hat sich die weltwirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Länder in den letzten zwei, drei Jahren nicht verändert, dass wir dort zu größeren Veränderungen kommen müssten. D. h., wir müssen in den Reformen beim IWF uns auch mal anschauen, wie der board insgesamt zusammengesetzt ist, ob das noch der heutigen Welt entspricht. Wenn ich beim board schon bin und der Legitimität, dann möchte ich auch mal darauf hinweisen, dass Gruppen wie die G 20 und die G 7 oder G 8 eigentlich nur so lange eine Legitimation haben, solange sie von dem Rest der Welt, nämlich denjenigen, die nicht dazu gehören, akzeptiert werden. Wenn das nicht mehr der Fall ist, und das kann auch bei den G 20 relativ schnell passieren, wenn ich mich zurück erinnere an die

Frage: Wer kommt alles nach Washington zu der Sitzung des G 20-Gipfels, der ja dann eigentlich gar nicht mehr G 20, sondern ich glaube sogar G 24 war? Dort haben dann auch bedeutende europäische Länder gesagt, ich will da eigentlich dabei sein, ich bin stark genug, ich möchte gehört werden auf der weltwirtschaftlichen Bühne, und das gilt natürlich für außereuropäische Länder auch. Wenn man den board anguckt, hat er eine ganz besondere Struktur. Wir sind zwar nur 24 board-Mitglieder, aber diese 24 board-Mitglieder vertreten 185 Länder. Viele von den board-Mitgliedern sind von mehreren Ländern als ihre Vertreter gewählt. Das ist, wenn man an demokratische Legitimation denkt, ist das ein deutlich demokratischeres und legitimeres Gremium als die anderen. Daher, glaube ich, wird man, wenn wir an FSF und IWF-Zusammenarbeit denken, am Ende wohl die Produkte, die vom FSF im Bereich Regulierung und Aufsicht vorgeschlagen werden, letztlich wahrscheinlich auch im board mit einer gewissen Legitimität versehen müssen. Zu Ihrer Frage der, ja, ich nenne das mal falschen Anreizstruktur. Dass wir eigentlich als IWF ja die Aufgabe haben, dafür zu sorgen, dass die Finanzmärkte und die Weltwirtschaft und die Welt in Ordnung ist und dass es jedem Land eigentlich so gut geht, dass es seine eigenen Verpflichtungen auch selbst erwirtschaften und bezahlen kann, dann ist es natürlich kontraproduktiv, wenn man gleichzeitig ein Einnahmesystem hat, das darauf baut, dass ich diesen Ländern Kredite ver gebe, um dann meine eigene Organisation finanzieren zu können. Das ist erkannt als völlig falsche Anreizstruktur. Deswegen muss es auch verändert werden, selbst wenn wir jetzt wieder Kredite vergeben und auch wieder Einnahmen haben. Der Gedanke dabei ist, dass wir im Prinzip, ohne das jetzt tatsächlich im Einzelnen wirklich zuzuweisen, dass wir vom Gedanken her sagen, wir haben weiterhin die Aufgabe der Kreditfinanzierung, und diese Aufgabe der Kreditfinanzierung muss sich letztlich durch die Gebühren, die wir dann erheben, auch selbst finanzieren. D. h., der Teil unserer Arbeit sollte finanziert werden durch die Gebühren, die wir von den Krediten bekommen. Der Rest unserer Arbeit, der mindestens ebenso wichtig ist, nämlich die surveillance, sei es bilateral oder sei es multilateral oder regional, und auch die technische Hilfe zum Teil, sollen finanziert werden aus einem anderen System. Dazu haben wir dann jetzt vorgeschlagen, und dem stimmen Sie dann auch zu, wenn Sie dem Gesetz zustimmen, d. h. der board hat, nein, das ist falsch, was ich jetzt sage, denn Sie müssen dem nicht zustimmen, sondern nur das amerikanische Parlament muss dem zustimmen, dass wir einen bestimmten Anteil von Gold verkaufen und dieses Gold in so eine Art Stiftung einlegen und aus dem Reingewinn dieser Stiftung, d. h. die dann ihren Wert erhält, wird dann der IWF und seine Aufgaben finanziert, die eben die surveillance betreffen. Ja, ich glaube, insoweit habe ich Ihre Fragen beantwortet. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Herr Dr. Stein, für diese interessante Einschätzung von Ihrer Seite. Jetzt gebe ich dem Zentralen Kreditausschuss das Wort. Sie müssen mir nur helfen, wer es macht.

Sv Brabänder (Zentraler Kreditausschuss): Ich werde das machen. Mein Name ist Brabänder.

Vorsitzender Eduard Oswald: Bitte schön, Herr Bernd Brabänder. Sie haben das Wort.

Sv Brabänder (Zentraler Kreditausschuss): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank, Herr Dautzenberg, für Ihre Frage. Sie fragten nach unserer Einschätzung der Struktur, der Struktur der globalen Finanzmarktarchitektur. Ich finde, wir finden vom ZKA, der Begriff ist vielleicht nicht gut gewählt. Er signalisiert die Notwendigkeit eines Komplettumbaus des institutionellen Gefüges, das wir heute Finanzmarktarchitektur nennen. Ich bin mir nicht sicher, ob das in die richtige Richtung weist. An sich geht es doch wesentlich, und das haben viele Beiträge heute auch schon gezeigt, Herr Remsperger hat es erwähnt, Herr Häusler hat es erwähnt, es geht doch darum, die Kernkompetenzen so zu definieren und zu identifizieren und deren Zusammenspiel zu optimieren, dass am Schluss etwas Besseres, Stabileres dabei herauskommt, als das heute der Fall ist. Von daher glaube ich nicht, dass wir eine neue, komplette Architektur suchen müssen, sondern eher ein optimales Zusammenspiel der Informationen, die in den verschiedenen Gremien, in den verschiedenen Behörden, die an der Thematik arbeiten, vorhanden sind. Es gab wahrscheinlich selten eine Anhörung, in der das Wort „Mikro“ und das Wort „Makro“ so oft genannt worden sind wie heute die Anhörung. Das liegt ganz einfach daran, dass mikropotenzielle, makropotenzielle oder auch mikro- und makroökonomische Fragestellungen genau die Themenbereiche definieren, die zu Instabilitäten hinführen können. Mikroökonomisch natürlich das Verhalten der Marktteilnehmer, der Banken. Makropotenziell, makroökonomisch natürlich die Frage, wie Geldwechselkurs und Fiskalpolitik Einfluss üben auf Stabilität von Finanzsektoren und Stabilität von Wirtschaften insgesamt. Die Wirtschaftspolitik also als der Punkt, der neben das Verhalten von Marktteilnehmern gestellt werden muss, wenn man die Krise bisher analysiert hat und wenn man zur Schlussfolgerung kommt, wo denn die Probleme lagen. Um dies in einem Brennglas zusammenzuführen, führt an einem Frühwarnsystem, was heute ja auch schon das eine oder andere Mal genannt worden ist, kein Weg vorbei. Das ist sicherlich richtig. Es führt, und das wurde meines Erachtens noch nicht hinreichend erwähnt, auch nichts an dem Thema vorbei, dass wir eine bessere Datenlage brauchen. Wäre ich in der Lage, den Auftrag zu bekommen, eine neue globale Finanzmarktarchitektur zusammenzustellen, würde ich zu allererst nach mehr Daten fragen. Ich glaube, wir haben, und das hat die Issing-Gruppe z. B. bei der Vorbereitung auf den G 20-Gipfel sehr schön dargestellt, wir haben noch nicht genug Einsichten z. B. über das Gesamt-leverage im Internationalen, also die Gesamthebelwirkung, fremdkapitalfinanzierte Hebelwirkung, im Gesamtsystem der Finanzmärkte. Da gibt es Ansätze, da gibt es Möglichkeiten, mehr zu tun, als das bisher der Fall ist. Diesen Weg sollte man dann auch beschreiten. Wenn es zum IWF kommt: Welche Rolle könnte der IWF spielen? Natürlich hat er die Überwachungsfunktion plus die Kreditgeberfunktion. Herr Häusler hat das financial sector assessment program zwischen beide Funktionen gestellt.

Ich glaube, da ist es auch genau richtig beschrieben. Auch wir sind der Ansicht, der IWF hat rechtzeitig gewarnt. Aber offensichtlich war die Durchsetzungsfähigkeit nicht gut genug. Und natürlich hat der IWF, solange er kein Kreditgeber ist, keine Sanktionsfunktion. Wir wissen dazu keine Lösung. Das ist vielleicht auch nicht unsere Aufgabe, das Thema zu lösen. Die Frage bleibt aber im Raum bestehen: Wie kann der IWF, wenn der denn zu der Schlussfolgerung kommt, oder wie kann das Frühwarnsystem, wenn es anschlägt, dann Abschluss zu konkreten Handlungen führen? Die Frage muss gelöst werden, wenn denn die Frage der globalen Finanzmarktarchitektur richtig betrachtet werden soll. Auch hier hat die Issing-Gruppe gute Vorschläge gemacht, insbesondere wenn es um die Zusammenwirkung von realwirtschaftlichen und Kapitalmarktfragen geht. Ich glaube, da sollte man sich Anleihe holen, wenn es zur Lösung dieser Frage Input braucht. Ein letzter Punkt, wenn ich darf, Herr Dautzenberg: Der IWF ist natürlich als Kreditgeber eine Institution, die tatsächlich sanktionieren kann, die tatsächlich Auflagen mit seinen Leistungen verbinden kann. Wir sehen es deswegen, und das ist ein Unterschied zur Bewertung der G 20, relativ skeptisch, dass es eine neue Liquiditätsfazilität gegeben hat, jetzt im Zuge der Krise neu eingesetzt wurde, die ohne Auflagen auskommt. Ich weiß nicht, ob das der richtige Weg ist, um als IWF tatsächlich Einfluss zu üben, wenn es um Finanzmarktschiefenlagen geht und deren Auflösung. Ein letztes Wort zu financial stability forum vielleicht: Die Einbeziehung des financial stability forum, was hier und da schon mal diskutiert worden ist, in das Bretton-Woods-Institutionengefüge ist mit Sicherheit eine naheliegende Lösung, wenn auch aus unserer Sicht keine richtige Lösung. Wenn man sich die Mitgliedschaft des financial stability forum genauer betrachtet, gibt es dort eine Reihe von Institutionen, nicht zuletzt die OECD, die mit Sicherheit ein großes Problem damit hätten, dem IWF in irgendeiner Art und Weise, wenn auch nur indirekt, unterstellt zu werden. Das würde letztlich vielleicht zur Schwächung oder zur Minderung der Begeisterung der Mitwirkung im FSF führen. Ich glaube, das ist ein Aspekt, den man nicht unterschätzen sollte, wenn es um die Neufassung der Strukturen geht. Vielen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir haben Ihnen zu danken. Jetzt gehen wir weiter zur Fragestellung aus der Fraktion der Sozialdemokraten. Unser Kollege Lothar Binding ist der nächste Fragesteller. Bitte schön, Kollege Lothar Binding.

Lothar Binding (SPD): Schönen Dank. Wir haben ja schon viel dazu gehört, dass neue Strukturen aufzubauen zu lange dauert und unser Dilemma darin besteht, dass die alten Strukturen Teil des Problems sind. Ich würde gerne vom IWF und vom DGB, aber zunächst vom IWF-Vertreter noch mal hören, wie stark der IWF eigentlich seine Kräfte einschätzt, sich hinreichend zu wandeln, um den neuen Anforderungen entsprechen zu können. Ich frage das auf dem Hintergrund verschiedener Erfahrungen, also Ideen in Handlungsmaxime umzusetzen, kann ja niemand besser als der Direktor einer Institution. Jetzt hatte Köhler ja Ende 99 und Anfang 2000 schon die Ideen, den IWF auf seine Kernaufgaben zu reduzieren, insbesondere Stabilisierung der Finanzmärkte, und er hat damals schon die Idee Frühwarn-

system entwickelt. Aber kaum hätte das Frühwarnsystem, das er im Kopf hatte, greifen sollen, gab es den Fall Argentinien, auf den wurde schon mal hingewiesen, wenn man ein besonders klassisches Beispiel will, um zu zeigen, dass diese Idee eben nicht umgesetzt wurde, dann nimmt man Argentinien, um das zu zeigen. Und man sieht, dass es nicht gelungen ist, solche Ideen irgendwo zu implementieren. Der IWF hat ja eine seit Bretton-Woods nun jahrzehntelange Übung, sich in einer bestimmten Weise zu verhalten. Wenn man mal guckt, wie aggressiv die Sanktionen in der Dritten Welt gewirkt haben hinsichtlich der Privatisierung der Altersvorsorge, Steuererhöhung und Ausgaben der Staaten, Verarmung auch dieser Staaten, Auszehrung von Rohstoffen, dann sehen wir ja, dass der IWF ein ganz bestimmtes Verhaltensmuster immer wieder reproduziert. Meine Frage ist: Glaubt der IWF aus sich selbst heraus, aus seiner institutionellen Stärke heraus, sich zukunftsfähig aufzustellen und so zu reformieren, dass es funktionieren kann?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Kollege Lothar Binding. Wir sind ja morgen als Finanzausschuss auch bei unserem Bundespräsidenten. Ich gehe davon aus, dass wir auch diese Punkte dann zur Sprache bringen werden. Ja, wir beginnen bei Ihnen, Herrn Dr. Klaus Stein. Bitte schön.

Sv Dr. Stein (Internationaler Währungsfonds): Danke sehr. Ja, die Frage: Ist der IWF in sich selbst oder aus sich selbst heraus stark genug, sich zu wandeln? Ich glaube ja.

Zwischenruf
Heiterkeit

Vorsitzender Eduard Oswald: Lassen Sie sich nicht aus der Fassung bringen, Herr Dr. Stein.

Sv Dr. Stein (Internationaler Währungsfonds): Dass Sie das anders erwarten, ist richtig. Da habe ich auch Verständnis dafür. Aber ich glaube, es ist trotzdem richtig. Der IWF hat oder der damalige managing director, der jetzige Bundespräsident Herr Köhler, hat ja schon richtig erkannt, dass der Finanzmarkt insgesamt ein Thema ist, das den IWF wesentlich mehr interessieren muss, als er es bis dahin getan hat. Bis dahin war der IWF eine makroökonomisch orientierte Organisation. Es wurde ja damals eine neue Abteilung geschaffen, die Herr Häusler damals leitete. Es wurden auch neue Leute eingestellt. Ich nehme an, Sie können es bestätigen, Herr Häusler, die eben auch von dem Finanzmarkt kamen ...

Zwischenbemerkung
Heiterkeit

Sv Dr. Stein (Internationaler Währungsfonds): ... gut. Sie sind ..., und diese Abteilung selbst wurde dann später mit der Zentralbankabteilung verschmolzen. Auch hier hat es Restrukturierungen gegeben. Insofern wandelt sich der IWF die ganze Zeit. Aber als wirklich wandlungsfähiges Beispiel möchte ich die Strukturreform im Rahmen der Ausgabenreform nennen, die wir auch im April dieses Jahres beschlossen hatten gemeinsam mit dem neuen Einkommensmodell. Hier hat der IWF, damals noch wegen der heute falschen, aber damaligen Erkenntnis, dass das Kreditgeschäft deutlich zurückgeht und wir uns mehr konzentrieren müssen auf surveillance und hier insbesondere auf die surveillance der Finanzmärkte und dessen, was man macro financial nennt, nämlich das Zusammenwirken der Finanzmärkte und der Realwirtschaft. In der Hinsicht hat der managing director den Fonds sehr deutlich neu strukturiert, die Kräfte innerhalb des Fonds neu verteilt. Wir haben viel Personal abgebaut. Wir haben mehr Personal als Stellen abgebaut, um neue Fachkräfte auch einstellen zu können für diese neue Aufgabe. Ich glaube, das kann der IWF. Die Frage ist im Wesentlichen: Was muss man ihm zuweisen? Hier war ja die erste Frage, die heute gestellt worden ist: Ist es richtig, ihm Aufsichtsrechte zuzuweisen? Hier würde ich schon sehr warnen davor. Zum einen glaube ich auch nicht, dass irgendein Mitgliedstaat bereit sein wird, Souveränitätsrechte abzutreten, sodass die Aufsicht im Prinzip nicht mehr national, sondern von dem IWF durchgeführt wird. Dafür hat der IWF auch überhaupt keine Kapazität und keine Kompetenz. Das müsste er sich alles neu am Markt besorgen. Das wäre natürlich eine Riesenaufgabe. Aber ich glaube, dazu wird es auch gar nicht kommen. Ich denke, es wird viel eher so sein, dass die vielleicht ..., in Europa ist man ja so weit, dass man grenzüberschreitende Aufsichtsfunktionen in sog. supervisory colleges wahrnimmt. Das wird man - glaube ich - international vielleicht auch irgendwann mal tun. Aber das ist noch ein weiter Schritt. Ich glaube nicht, dass das eine Aufgabe des IWF sein wird. Der IWF wird vielmehr im Rahmen seiner surveillance-Aufgabe, die er hat und die er auch schon seit Jahrzehnten ausübt, sich auch die Finanzmärkte eben anschauen und dort mit diesen FSAP's, diesen financial stability assessment programs, wie das auch schon von Herrn Häusler genannt worden ist, im Prinzip eine Diskussion über das jeweilige Land herbeiführen. Ich glaube, dieser Aspekt ist auch einer der wichtigen. Bei der surveillance ist nicht unbedingt, dass wir dem Land, das wir jetzt untersuchen, sagen, was in dem Land eigentlich falsch läuft. Das gilt zumindest für die industrialisierten Länder, wo es hinreichend viel Kapazität gibt, um eigene Erkenntnisse zu haben. Insofern ist das Argument, das Herr Greenspan gegen eine FSAP-Untersuchung in den USA gebracht hat, dass es niemanden außerhalb der USA gibt, der ihnen was Neues über ihr eigenes System erzählen kann, ist das eigentlich ein falsches Argument, wenn man die surveillance betrachtet. Denn der Hauptgrund oder ein Hauptaspekt dieser surveillance ist, dass dieser Bericht, der dann erstellt wird von den Stabsmitarbeitern des IWF in den board kommt oder in das board kommt und dort im board diskutiert wird und von allen Ländern wahrgenommen wird, was in den USA passiert oder auch sonst wo in jedem anderen Land und dass jedes andere Land die Möglichkeit hat, dazu im board Stellung zu nehmen und diese Stellungnahmen dann

letztendlich auch an die jeweiligen Mitgliedstaaten versandt werden. Diese peer pressure, wie wir das nennen, ist eigentlich die Hauptfunktion der surveillance. Insofern will ich auch noch unterstreichen: Einen Sanktionsmechanismus - glaube ich - können wir nicht einführen. Das wäre wiederum eine Abtretung von Souveränität, und dazu wären wiederum die meisten Mitgliedsländer nicht bereit. Aber diese peer pressure ist doch für uns ein wichtiges Instrument, um, ja, Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und auch Geldpolitik in die Welt zu bringen. Können wir die neue Aufgabe wahrnehmen? Dies wurde ja auch noch gesagt. Hier, muss ich sagen, man muss natürlich das eine tun, also das, was wir bis jetzt weiter getan haben, das muss man nicht sein lassen, sondern wir müssen das weiter tun und können natürlich auch die neue Aufgabe wahrnehmen. Hier muss man dann am Ende sehen, welche Aufgabe uns zugewiesen wird. Ob wir dazu neues Personal brauchen, ob wir dazu uns auch etwas vergrößern müssen, das - glaube ich - kann man erst entscheiden in dem Moment, in dem man weiß, welche Aufgaben dann tatsächlich an den IWF übergeben werden. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Herr Dr. Klaus Stein. Jetzt der Deutsche Gewerkschaftsbund. Ich versuche es bei Ihnen wieder, Herr Dr. Payandeh.

Sv Dr. Payandeh (Deutscher Gewerkschaftsbund): Jetzt möchte ich meinem Vorredner zu einem Punkt meine Position sagen hinsichtlich des Vorhandenseins von Sanktionsmechanismen, ob es die gibt. Ich glaube, ein großer Sanktionsmechanismus ist sozusagen die Schuldnerposition eines Landes, das dann praktisch vor Insolvenz, vor der Insolvenzkrise steht, Finanzierungsprobleme hat und dann in dem Moment sich an den IWF wendet. Das ist aus der Position des Schuldners eine sehr schwache Position. Das ist die Grundlage, warum die Länder viele dieser Strukturanpassungsmaßnahmen akzeptieren, auch wenn die Politiker in diesen Ländern nicht damit eigentlich einverstanden sind. Ich kann, auf der anderen Seite kann ich sagen, dass ein IWF dort antritt, wo dann Probleme längst hinderlich sind. Der IWF kann strukturell die Probleme, die entstanden sind, nicht lösen. Zweitens: Deshalb greift die IWF-Politik in die nationale Wirtschaftspolitik der Länder, in die Souveränität der Länder de facto ein. Deshalb sind Sanktionsmechanismen da, und der IWF setzt die auch ein. Das ist auch die Grundlage, warum der IWF, der Ruf des IWF zweierlei ist. Also Länder, OECD-Staaten, die sind nicht auf den IWF de facto nicht angewiesen. Die sind Geldgeber, die sind diejenigen, die die Politik des IWF maßgeblich bestimmen. Der Ruf des IWF ist hier, ich kann sagen, weder schlecht noch gut, hat aber keine große Relevanz. Wichtig ist, dass dieser Ruf in den Empfängerländern tatsächlich aufgrund der Folgen der Strukturanpassungsmaßnahmen sehr geschädigt ist. Das liegt nicht an einer bloßen Unzufriedenheit der Schuldnerländer. Die Maßnahmen zielen darauf ab, dass ständig eine Politik der einseitigen Marktintegration, eine Politik ohne Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten, der sozialen Belange in diesen Ländern vollzogen wird, und dementsprechend hat diese Unzufriedenheit eine reale Grundlage. Die sozialen Verwerfungen sind immens und werden oft in Kauf genommen. Insofern, ich denke, als Gläubiger soll natürlich der IWF Bedingungen auch

bestimmen. Das ist nicht ... Aber welche Bedingungen? Wenn man langfristig guckt, haben jemals diese Bedingungen nachhaltig Probleme gelöst, institutionelle Probleme, strukturelle Probleme in diesen Ländern? Die Bilanz des IWF gerade zur Beseitigung der Probleme ist nicht gerade rosig. Man kann nicht sagen, sie haben durchweg Positives bewirkt. Insofern ist eine inhaltliche, finde ich, auch eine wirtschaftspolitische Kehrtwende erforderlich. Ich finde, der IWF soll unterstützen, als Kreditgeber in letzter Instanz, als lender of last resort Funktion übernehmen, Liquiditätsengpässe beseitigen in diesen Ländern, aber statt dieser einseitigen Marktintegration, diesen Maßnahmen der Privatisierung der Daseinsvorsorge usw., institutionelle Reformen, die nachhaltig sind, unterstützen. Und ich sage Ihnen, wenn Institutionen modernisiert werden in vielen Ländern, Rechtsstaatlichkeit eingeführt wird, dann hat man eine nachhaltige Grundlage dafür, dass die Länder sich auch präventiv verhalten, also die Probleme nicht entstehen und sich entwickeln können. Es sind die großen Mitgliedstaaten, die die Politik bestimmen. Das sind allen voran die USA. Wir haben Hoffnung, dass der neue Präsident der USA sozusagen eine andere Politik verfolgt, aber das ist auch an die Adresse der Bundesregierung gerichtet. Wir sind auch ein starkes Mitgliedsland. Ich hoffe, dass wir jetzt zu der Einsicht kommen, dass die bisherige Politik nicht nachhaltig gewirkt hat. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Herr Dr. Stein, ich würde Ihnen die Gelegenheit geben, wenn Sie wünschen, da Sie unmittelbar auch angesprochen worden sind, ein paar Sätze dazu zu sagen.

Sv Dr. Stein (Internationaler Währungsfonds): Ja, danke schön. Ich danke meinem Vorredner, denn er hat mich eigentlich daran erinnert, dass ich einen Aspekt vergessen hatte, den Herr Beck auch noch gefragt hatte. In der Tat, der Ruf des IWF in Asien und Lateinamerika insbesondere ist nicht von besonderer Qualität oder ist nicht besonders gut, was einfach darauf zurückzuführen ist, dass in diesen Ländern Krisen stattgefunden haben, die man versuchte zu bewältigen, und bei dieser Bewältigung sind Fehler gemacht worden. Das hat der IWF mittlerweile erkannt, hat er eingesehen und versucht nun auch, seine Programme anders zu gestalten. Dass der IWF allerdings Konditionen setzen muss für seine Kreditvergabe, ist letztendlich auch ganz eindeutig und klar, denn es gibt keine Sicherheiten, die beim IWF hinterlegt werden können, zumal diese Länder, denen der IWF Kredite vergibt, die haben gar keine Sicherheiten. Insofern muss eine andere Möglichkeit gefunden werden, sicherzustellen, dass der Kredit an den IWF zurückgezahlt wird. Das ist das eine. Aber das andere ist natürlich, man vergibt ja den Kredit auch, damit ein Land mit dem Geld, das es bekommt, auch wieder in die Lage versetzt wird, sich letztendlich wieder selbst zu unterstützen und die Mittel, die es braucht, auch selbst zu erarbeiten. Deswegen werden vom IWF mittlerweile alle Programme in intensiver Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen und anderen Geberländern oder Geberorganisationen, die daran beteiligt sind, ausgehandelt. Das ist jetzt beispielsweise hier bei den neuen Ländern, die in Europa Geld bekommen haben oder bekommen werden - Ungarn und jetzt demnächst wahrscheinlich Lettland - ist

das passiert. Das waren ganz schwierige, intensive Verhandlungen mit allen Partnern. Und die Konditionalität ist nicht mehr so, wie das früher war, dass wir uns breit aufgestellt haben und im Prinzip jedes einzelne Element in einem Land, das der IWF für nicht richtig gehalten hat, dann eben versucht wurde zu verändern. Wir konzentrieren uns jetzt in unserer Konditionalität eben darauf, dass die Krise, wie sie in den Ländern entsteht, bewältigt wird. Das ist der eine Punkt. Und der zweite Punkt, der ganz wichtig ist: Gelernt haben wir aus den anderen Krisen, dass die sozialen Aspekte in einem Land auf keinen Fall außer Acht gelassen werden dürfen. D. h., in jedem der Programme ist jetzt auch klar immer ein sozialer Aspekt mit dabei, dass eben die am leichtesten und am meisten verletzlichen Bevölkerungsgruppen, dass die nicht übermäßig unter dem Programm leiden. Dass man allerdings bei einem solchen Programm immer in schwierige politische Situationen kommen wird, das ist einfach der Tatsache geschuldet, dass die Länder dann zum IWF kommen, wenn sie am Ende sind. Und am Ende muss man eben krasse fiskalpolitische Maßnahmen ergreifen. Das führt in aller Regel eben dazu, dass die Bevölkerung das merkt. Man muss eben versuchen, die schlimmsten Folgen davon abzufedern und das ist dann immer Teil des Programms. Danke schön.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Jetzt gehen wir zur nächsten Fragestellung, die kommt von unserem Kollegen Klaus-Peter Flosbach aus der Unionsfraktion. Bitte schön, Kollege Klaus-Peter Flosbach.

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine Fragen gehen an Herrn Dr. Dieter und Herrn Häusler. Wir erleben ja auch heute eine breite Diskussion über die Zukunftsaufgaben des IWF, und gerade in den letzten Wochen und Monaten ist immer der Retter in der Not gesucht worden. Es sind Äußerungen und Berichte vielfach erfolgt, die dem IWF Aufgaben und, ja, Aufgaben zugewiesen haben, die er eigentlich überhaupt nicht erfüllen kann. Weder kann er Kompetenzen von Regierungen übernehmen oder von Aufsichtsbehörden oder von Notenbanken. Ist es daher nicht der erste und wichtigste Schritt, zunächst mal zu sagen, was kann der IWF nicht leisten, damit das einmal deutlich ist? Denn sonst wird die Diskussion endlos geführt. Zweitens: Was leistet er denn heute schon? Erfüllt er denn die Aufgaben, die er heute hat, also als Kreditgeber in Krisenzeiten oder als währungspolitische Institution? Dann möchte ich die Frage noch erweitern: Wie bewerten Sie eigentlich heute die im IWF noch starke Stellung der USA und der europäischen Länder? Ist diese starke Stellung überhaupt noch gerechtfertigt?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Kollege Klaus-Peter Flosbach. Ich beginne bei Ihnen, Herr Gerd Häusler. Bitte schön, Herr Häusler.

Sv Häusler: Vielen Dank. Ich darf mal mit der zweiten Frage anfangen und kann sie mit einem bündigen Nein beantworten. Ich glaube, dass die Europäer im board des IWF völlig

überrepräsentiert sind. Das mögen wir vielleicht gar nicht so gerne hören hier an diesem Tische, aber es trägt auch zu dem Mangel an Legitimität des IWF bei. Die Länder oder die Repräsentanten außerhalb Europas sehen natürlich, dass eine Reihe von Exekutivdirektoren aus Ländern Europas kommen wie Belgien, Holland, Schweden, um nur mal drei zu nennen. Übrigens auch die Schweiz, seitdem sie aufgrund interner Absprachen dann jeweils eine ganze Reihe von Ländern führen, das mag ja auch gar nicht schlecht sein, dass vielleicht Länder wie Ukraine oder Kasachstan irgendwie durch andere vertreten sind. Aber die Anzahl der europäischen Sitze, Herr Stein korrigieren Sie mich, liegt so bei acht, glaube ich, kann das sein insgesamt von 24. Ich glaube nicht, dass das ein adäquates Spiegelbild der realen Wirtschaft in einer globalisierten Welt ist. Also hier muss Europa etwas tun, um zu erreichen, dass eben andere Länder stärker zum Zuge kommen. Wahrscheinlich muss man sich überlegen, ob man einige europäische Sitze zusammenlegt. Zur Stellung der USA: Ich habe es in meiner schriftlichen Stellungnahme gesagt, sie haben eine Sperrminorität von knapp über 15 Prozent, die natürlich bei allem, auch beim Stab zum vorseilenden Gehorsam in fast allen Dingen führt. Nun kann man sagen, okay, im Falle der surveillance - anders als bei Entscheidungen bei der Kreditvergabe kommt es darauf ja eigentlich nicht an. Wichtiger ist noch, was Sie vielleicht nicht wissen, die G 7-Länder hatten immer zu meiner Zeit, ich glaube, es sind immer noch so knapp über 50 Prozent, d. h., wenn ein Kredit an das Land A, B, C ging, musste man nur die G 7 in einem Raum suchen, das wird auch üblicherweise gemacht, also, glauben Sie bitte nicht, dass die Entscheidungen im board fällen, das habe ich meiner Stellungnahme klar gesagt, sondern sie fallen hinter den Kulissen, bei weniger wichtigen Entscheidungen auf der Ebene der Herren Stein u. a., wenn es sich um sehr kontroverse Dinge handelt wie Argentinien in der Regel durch Staatssekretäre und moderne Telekommunikation hat hier Einzug gehalten. Was die Rolle der USA betrifft, ist sie deswegen so stark, weil sie auch die physische Präsenz der US-treasury around the corner dazu führt, dass es zu häufigen Kontaktaufnahmen kommt. Und was ich völlig übersehen hatte, als ich dort hinkam, ist, dass in die Laufbahnen ausschließlich Makroökonomien rekrutiert werden, die von amerikanischen Eliteuniversitäten kommen, egal welchen Pass sie tragen. Insofern ist das Denken im washington consensus, wie das so schön heißt, wird hier von einigen auch kritisiert im Zuge von Deregulierung usw. Sie finden also all diejenigen Philosophien wieder, die an den halben Dutzend bis Dutzend amerikanischen Eliteuniversitäten, da zähle ich jetzt großzügigerweise auch die London School of Economics bei. Jemand, der an einer regulären deutschen oder japanischen Universität studiert hat, gilt als inkompetent und als nicht brauchbar.

Zwischenbemerkung: Zwei Mitarbeiter von mir sind beim IWF.

Sv Häusler: Aber mühsam, mühsam. Es geht nur sehr ... Ich mach es sehr holzschnittartig, vereinfache es. Es gibt natürlich Ausnahmen. Zu Ihrer ersten Frage: Die arbeiten da meistens in der Afrikaabteilung, weil die als nicht so wichtig gilt.

Unruhe

Sv Häusler: Die Deutschen sind in der Afrikaabteilung völlig überrepräsentiert. Aber jetzt zu Ihrer ersten Frage: Was kann er nicht? Ich glaube, in einer Zeit, die jetzt sehr viel schneller zurückgekommen ist, als ich das erwartet habe, dass Länder trotz hoher Devisenreserven, ich darf Sie erinnern, auch der IWF, vor allem die USA aber, haben vor nicht langer Zeit die hohen Devisenreserven insbesondere ostasiatischer Länder - emerging markets - kritisiert, auf einmal ist diese Kritik nicht nur verstummt, sondern es müssen Länder wieder Kredite aufnehmen. Ich glaube, das ist die Kernkompetenz. Darauf ist auch im Grunde genommen alles eingestellt. Das ist sicherlich die Kernkompetenz. In der surveillance glaube ich, dass die USA, dass der IWF schon eine gute Kompetenz in der Makroökonomie hat, auch wenn er bei der Geldpolitik der USA, wie wir inzwischen wissen, völlig versagt hat. Die Frage wird dort nur sein, ob die USA bereit sind, ihre Sperrminorität von 15 Prozent aufzugeben, was sie eigentlich müssten, wobei die Entwicklung der USA, wenn man also streng nach, Herr Remsperger wird mich gleich korrigieren, aber ich glaube, wenn man streng nach GDP vorgehen würde, ist der Anteil der USA eher noch gewachsen in den letzten Jahren, weil das Wachstum dort eben entsprechend groß war. Ich würde sagen, ich habe eine andere Einstellung als Herr Stein zur Anpassungsfähigkeit und Reformfähigkeit des IWF. Das habe ich jetzt heute Morgen und schriftlich hinreichend deutlich zum Ausdruck gebracht. Wenn man also da sehr skeptisch aus eigener Erfahrung geworden ist, dann würde ich den IWF da lassen, was er vergleichsweise ordentlich in der Vergangenheit gemacht hat, in seiner makroökonomischen Kernkompetenz. Ich persönlich bin nicht überzeugt, dass es ihm kurzfristig gelingt, eine Kompetenz im Finanzbereich aufzubauen. Ich habe das vorhin schon gesagt, alle Leute, die ich gegen den erbitterten Widerstand dort angeheuert habe, es waren letztlich nicht mehr als ein halbes Dutzend mit Kompetenz außerhalb der makroökonomischen Kompetenz, haben alle mehr oder weniger, ich glaube jetzt gerade die Letzten, den Fonds wieder verlassen, weil sie dort eben ein Fremdkörper sind. Ich darf Sie daran erinnern, übrigens auch, weil Sie von Expertise sprechen, dass diese FSAP's, die schon mehrfach ..., das sind keine Expeditionen, die mit Fondsmitarbeitern im Kernbereich bestückt werden, die Leitungen ja, in der Regel sind es dann Makroökonomien, die aber von der eigentlichen zu untersuchenden Finanzmaterie nichts verstehen, und deswegen werden diesen FSAP's dann von Mitgliedsländern, die jetzt nicht betroffen sind ..., nehmen wir mal an, wir hätten eine FSAP nach Deutschland, da würde die von einem Fondsbeamten geleitet, da werden dann aber hinzugestückt Experten von Bankaufsichtsbehörden anderer Länder, die sozusagen mit ihrer Kernkompetenz da reingehen. Das halte ich für eine vernünftige Art und Weise. Ich will Sie nur darauf hinweisen, dass es nicht etwa nur ... als Souverän dieses Landes darf ich Sie vielleicht als Steuerzahler darauf hinweisen, dass ich dagegen wäre, dass der IWF weitere Mittel bekommt zur Aufstockung seines Personals, weil sowieso schon mehr als 50 Prozent in die Verwaltung gehen. Vielen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir danken Ihnen erstens für den Einblick, den Sie uns in manche Dinge geben, und zum Zweiten auch für die offenen Worte. Da können Sie sicher sein, dass wir da ganz genau hinschauen. Vielen Dank. Jetzt Herr Dr. Heribert Dieter. Sie haben das Wort.

Sv Dr. Dieter (Stiftung Wissenschaft und Politik): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Die Frage, was der IWF besser nicht machen sollte, kann man natürlich auch leichter beantworten, Herr Flosbach, wenn man in die Vergangenheit schaut. Was hat er denn in der Vergangenheit nicht so besonders gut gemacht? Da ist einmal die bereits erwähnte vergleichsweise schlechte Bilanz des IWF, was Frühwarnung angeht. Ich will nur mal darauf hinweisen, das ist auch in meiner Stellungnahme enthalten, dass der Währungsfonds in seiner Artikel 4-Konsultation mit den USA im Jahr 2005 noch darauf hingewiesen hat, dass die Verbriefung von Kreditrisiken das Finanzsystem stabiler machen würde. Also, eine gravierende Fehlinterpretation. Hier hat der IWF keine besonders gute Bilanz aufzuweisen. Ich würde die Frage ein bisschen anders formulieren und würde fragen wollen: Wie sehen es denn die potenziellen Kunden des IWF? Wo sehen denn die potenziellen Kunden des IWF eine herausgehobene Stellung des Fonds? Da zeigt sich ganz eindeutig, dass in den letzten fünf, sechs Jahren sich eine große Zahl von Ländern, dass eine große Zahl von Ländern dem IWF als Gläubiger der letzten Instanz nicht mehr besonders großes Vertrauen schenkt. Wir haben es heute damit zu tun, dass Entwicklungs- und Schwellenländer historisch einmalige Devisenreserven aufgehäuft haben. Wir sprechen heute von Devisenreserven in den Entwicklungs- und Schwellenländern in der Größenordnung von fast 6 000 Milliarden Dollar. Der IWF hat momentan die Fähigkeit etwa 250 Milliarden - korrigieren Sie mich, wenn ich da falsch liegen sollte, aber in der Größenordnung liegt es - zur Verfügung. D. h., Entwicklungs- und Schwellenländer akkumulieren gigantische Währungsreserven, um nicht wieder zum IWF gehen zu müssen, sage ich jetzt mal ganz verkürzt. Das ist aber zumindest ein Teil der Motivation, und das ist eine Problematik, auf die der Fonds bislang noch keine Antwort hat. Ein Teil, und nun komme ich doch noch mal auf die Konditionalitäten zu sprechen, ein Teil der Begründung, warum Länder wie Korea u. a. so hohe Devisenreserven aufhäufen, ist eben die Frage, dass man nicht genau weiß, wie der IWF mit Konditionalität umgehen wird. Momentan gibt es eine vergleichsweise schwache Konditionalität. Aber die harten Konditionalitäten der Vergangenheit sind vielen potenziellen Kunden des IWF noch in schlechter Erinnerung. Es wird natürlich, und das sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, es wird natürlich in den Entwicklungs- und Schwellenländern sehr genau zur Kenntnis genommen, dass Konditionalität in den Liquiditätshilfen der EZB und der FED überhaupt keine Rolle zu spielen scheint. Man muss mal darauf hinweisen, dass beispielsweise bei dem baile out von Bear stearns im März dieses Jahres die FED 29 Milliarden an Sicherheiten akzeptiert hat, da gibt es im Englischen das schöne Wort doggy collateral, also Sicherheiten von fragwürdiger Qualität, die man bei einem Entwicklungs- oder Schwellenland niemals

akzeptiert hätte. Also das waren Forderungen von Bear stearns, deren Marktwert vermutlich sehr deutlich unter diesen 29 Milliarden lag, die die FED da zur Verfügung gestellt hat. Was heute passiert, wie heute Liquidität bereitgestellt wird von den Akteuren, die vor Jahren noch gepredigt haben, man muss in der Krise sanieren und nicht großzügig Liquidität bereitstellen, das wird in den Entwicklungs- und Schwellenländern genau zur Kenntnis genommen. Es wird auch zur Kenntnis genommen, dass wichtige Akteure eben am IWF vorbei Liquidität bereitstellen. Ich hatte schon erwähnt, dass es in Ostasien neue Kooperationsformen gibt. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die federal reserve als wichtiger Liquiditätsgeber in den letzten Wochen auf den Plan getreten ist. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, am 29. Oktober hat die FED Mexiko, Brasilien, Südkorea und Singapur jeweils eine Kreditlinie im Volumen von je 30 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Auch hier zeigt sich, der IWF bekommt Konkurrenz, Liquidität wird nicht mehr nur vom Fonds bereitgestellt, sondern eben direkt von Zentralbanken oder auch von regionalen Akteuren. Macht der IWF seine Arbeit gut? Wir haben hier schon einiges dazu gehört. Man muss natürlich bei aller Kritik, die der Fonds ja auch hört und hören muss, darauf hinweisen dass der IWF sich in den letzten Jahren schon auch deutlich geöffnet hat. Zu Zeiten der Asienkrise war der IWF noch eine vergleichsweise geschlossene Gesellschaft und man hat relativ wenig erfahren über die Politiken des Internationalen Währungsfonds. Das hat sich gravierend geändert. Also, Transparenz, die der IWF sozusagen im eigenen Hause deutlich verbessert hat, ist, die Transparenz ist deutlich verbessert worden. Letzter Punkt: Dominanz der USA und der Europäischen Union. Herr Häusler hat das sehr klar gesagt. Der Einfluss der USA auf die Arbeit des IWF geht weit über das Vetorecht, was die Amerikaner als einziges Land im IWF haben, hinaus. Das ist natürlich ein Problem, wo wir uns Gedanken machen müssen, wie wir dieses ändern, wenn der IWF in Zukunft eine neue, wichtigere Rolle spielen soll. Man wird es nicht bei dieser amerikanischen und ein Stückweit auch europäischen Dominanz belassen können, wenn man die neuen Akteure dafür gewinnen will, dem IWF Vertrauen zu schenken und dem IWF eine neue herausgehobene Position in der sich entwickelnden neuen internationalen Finanzarchitektur zu geben. Ein Weg, wie man sozusagen auch Vertrauen gewinnen könnte, wäre, wenn man mit einer symbolischen Handlung etwas ändert beim IWF. Das wäre die Frage, ob man von der klassischen Arbeitsteilung oder von der klassischen Postenteilung, muss man genauer sagen, einen Amerikaner an der Spitze der Weltbank, ein Europäer an der Spitze des IWF, ob man davon wekommt und einen asiatischen, einen Menschen aus Asien an die Spitze einer dieser beiden Organisationen stellt. Ein noch gravierender Schritt wäre es zu sagen, der IWF muss aus diesem „Klammergriff“, wenn ich das so sagen darf, der USA herausgelöst werden und sollte sein Hauptsitz in ein anderes Land verlagern. Das wird mit den Amerikanern vermutlich nicht gehen. Aber wenn man den IWF zu einer zentralen Institution machen will, dann muss man auch über solche Schritte nachdenken. Ansonsten besteht die Gefahr, und damit will ich schließen, ansonsten besteht die Gefahr, dass sich außerhalb parallele Strukturen entwickeln, regionaler, monetärer Regionalismus in Asien insbesondere, und dass wir dann wegkommen von einer globalen Finanzarchitektur

und hinkommen zu einer möglicherweise sehr viel problematischeren regionalen Finanzarchitektur.

Stellvertretende Vorsitzende Gabriele Frechen: Vielen Dank, Herr Dr. Dieter. Nächster Fragesteller ist für SPD-Fraktion der Kollege Jörg-Otto Spiller.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Meine Frage richtet sich an den Exekutivdirektor des IWF, Herrn Dr. Stein, und an Herrn Prof. Remsperger von der Bundesbank. Es mag ja sein, dass man die künftige Rolle des IWF nicht überschätzen sollte, aber er hat einen konkreten Auftrag bekommen, so habe ich das verstanden, von den G 20-Ländern, und darauf weist sowohl Herr Dr. Stein hin als auch Herr Prof. Remsperger. Es soll der IWF eine führende Rolle dabei spielen, Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen. Herr Dr. Remsperger weist zu Recht darauf noch mal hin, dass er das zusammen machen soll mit dem Forum für die Finanzstabilität, an dem ja auch die Bundesbank beteiligt ist. Finanzarchitektur wird gerne gesagt. Was ist denn Architektur? In dem Haus hier, finde ich, kann man einen ganz guten Eindruck haben - Architektur. Architektur lässt Gestaltungen, ermöglicht Gestaltungen, man schreibt nicht was ganz Starres vor, und die Phantasie ist durchaus gefragt. Aber neben der Phantasie des Architekten gibt es den Bauingenieur, den Statiker und den Nutzer. Aber es entsteht kein Haus, zumindest nicht in Ländern mit einem geordneten Bauwesen, in dem neben dem künstlerischen Entwurf, phantasievoll des Architekten, nicht auch die sehr seriöse technische Stabilität geprüft wird zunächst mal von dem Statiker und dann von der Bauaufsicht genehmigt wird. Wenn wir bei dem Bild bleiben, Architektur und Finanzmärkte, Finanzarchitektur, kann es denn sein, dass das, was auch der Zentrale Kreditausschuss in seiner Stellungnahme hervorhebt, die Finanzmärkte seien überaus komplexe Systeme, überaus komplex, dass das der Fehler ist? Sie sind zu komplex. Und niemand ist offenbar in der Lage gewesen in den letzten Jahren, die Komplexität der Produkte zu bewerten. Die Bundesbank hat sehr früh in ihren Berichten, die regelmäßig kommen, jedes Jahr, Finanzmarktstabilitätsberichte, hingewiesen auf die Zwiespältigkeit von vielen Finanzinnovationen - beispielsweise Verbriefungen. Schon in dem ersten Bericht der Bundesbank zur Finanzmarktstabilität gibt es einen Kasten. Da wird über die Zwiespältigkeit von Verbriefungen gesprochen. Wird denn bei der notwendigen Reform darauf zu achten sein, dass die Komplexität so weit reduziert wird, dass auch die Entscheidungsträger in den Vorständen der Banken in die Lage versetzt werden zu begreifen, worüber sie entscheiden? Und welche Notwendigkeit braucht man auch bei der Organisation von Aufsicht und bei der Zusammenarbeit von Aufsicht, um den Ansprüchen, Gestaltung und Phantasie zu verbinden, mit Stabilität wie in der Architektur das hinzukriegen?

Stellvertretende Vorsitzende Gabriele Frechen: Vielen Dank für die knappe und konkrete Frage, Herr Kollege Spiller. Herr Dr. Stein, Herr Prof. Remsperger, ich möchte Sie bitten, die Beantwortung nicht ins Verhältnis zur Länge der Frage zu stellen, weil alle Kolleginnen und

Kollegen noch mal als Fragesteller drankommen möchten. Herr Dr. Stein, Sie dürfen antworten.

Sv Dr. Stein (Internationaler Währungsfonds): Besten Dank. Es ist natürlich jetzt relativ schwierig zu sagen, was am Ende bei dem Reformprozess herauskommen wird. Darauf konzentriert sich ja die Frage. Was ist letztendlich im Reformbereich beabsichtigt? In der Tat - glaube ich - sind es einige Elemente, die im Augenblick auch diskutiert werden im Bereich Reformregulierungen, Aufsicht. Aber ich bin sicher, da weiß Herr Remsperger viel mehr als ich zu dieser Frage, die letztlich sicherstellen werden oder sollen, dass eben diese Komplexität, wenn sie schon nicht zu vermeiden ist, zumindest beherrschbar bleibt. Hier, denke ich, muss man einfach an die ... Ich glaube, das allererste Element davon ist, dass alle Finanzmärkte, geographisch alle Finanzmärkte, aber auch alle Finanzprodukte und alle am Finanzmarkt beteiligten Institutionen, dass sie alle irgendeiner Aufsicht unterliegen, dass es also keine aufsichtsfreien Räume gibt und dass man die Aufsicht im Wesentlichen so organisiert, dass sie auch eine Transparenz eröffnet, dass zumindest die Spezialisten erkennen können, was passiert. Ich will das gar nicht erwarten, dass so ein Laie wie ich das am Ende kann. Dazu wird man Veröffentlichungspflichten haben müssen, wird man Berichtspflichten haben müssen. Man muss ein System finden, wie man die systemischen Risiken erkennt. Ja, und man muss vielleicht auch überlegen, welche der Finanzinstrumente, die wir haben und wollen wir haben, weiterhin haben, und welche wollen wir weiterhin nicht haben. Tut mir leid, wenn das alles auf dieser relativ abstrakten Ebene ist, aber im Augenblick kann ich nicht weiter konkret werden. Danke.

Stellvertretende Vorsitzende Gabriele Frechen: Vielen Dank, Herr Dr. Stein. Herr Prof. Remsperger, bitte.

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): Sie hatten gebeten, dass wir uns relativ kurz fassen. Das will ich auch gern versuchen. Aber vielleicht zu diesen beiden Komplexen, nämlich einmal Komplexität, und zweitens Architektur. Was die Komplexität von Finanzmärkten und Finanzprodukten betrifft, erinnere ich mich selbst immer wieder an meine Zeit vor der Bundesbank in einer Geschäftsbank. Wir hatten dort, ich will es ganz konkret machen, jeden Montag eine Sitzung des - wie es hieß - Aktiva/Passiva-Steuerungskomitees. Aber in diesem Komitee wurden dann auch immer wieder neue Produkte vorgestellt. Ich erinnere mich sehr genau daran, dass einer meiner Vorgesetzten damals gesagt hat, wenn Sie nicht in der Lage sind, mir das Produkt, was wir jetzt an den Markt bringen wollen, innerhalb, jetzt weiß ich nicht mehr genau, von 12 oder 13 Minuten zur erklären, dann sollten wir lieber die Finger davon lassen. Und ich glaube, das war ein weiser Ratschlag gewesen. Meines Erachtens wird aber jetzt der Marktprozess dazu führen, dass die Komplexität der Produkte wieder zurückgehen wird. Das ist einfach die Erwartung, die ich habe. Ich höre das auch aus den Gesprächen bis hin, ja im Familienkreis selbst, wo dann gefragt wird, wo die

Kinder fragen oder andere Verwandte fragen, ja, kann ich das überhaupt noch wagen. Und ich spüre daraus eine Tendenz zu einfacheren Produkten hin. Der zweite Punkt: Architektur. Ja, ich stimme Ihnen auch hier zu. Ich glaube, wir brauchen im Moment nicht nur Architekten, sondern auch Handwerker, die ganz konkret an die Arbeiten herangehen. Und was die Architektur, die Finanzarchitektur betrifft, ist mir auch in der Diskussion heute hier bei Ihnen klar geworden, dass unter diesem Begriff „globale Finanzarchitektur“ also doch ganz unterschiedliche Elemente zu finden sind. Ein Element dieser internationalen Finanzarchitektur ist eben Regulierung und Aufsicht, über die wir zu Beginn auch diskutiert haben. In diesem Bereich Regulierung und Aufsicht sind konkrete Veränderungen geplant. Ich brauche nur Stichworte zu geben, über die wiederum Herr Sanio besser Bescheid weiß als ich. Ich nenne Rating-Agenturen als ein Stichwort für mögliche Veränderungen. Ich nenne aber auch Veränderungen im Regime Eigenkapital. Hier sind konkrete Veränderungsprozesse angestoßen worden. Der zweite Bereich „globale Finanzarchitektur“ ist meines Erachtens Währungs- und Wechselkursregime, das der Kollege vom DGB bereits angesprochen hat. Hier würde ich nur davor warnen, eine Lösung darin zu sehen, und soll ja auch ein bisschen Diskussion vielleicht untereinander sein, eine Lösung darin zu sehen, zu festen Wechselkursen zurückzukommen. Manchmal läuft es unter dem Schlagwort “Bretton-Woods II“. Ich bin der Auffassung, dass ein erheblicher Teil der Probleme, mit dem wir es gegenwärtig zu tun haben, auch darauf zurückzuführen ist, dass China einen Wechselkurspeg weitgehend hatte, jetzt mit graduellen Verschiebungen. Das hat nämlich dazu beigetragen, dass die Währungsreserven so stark gestiegen sind. Insofern sehe ich auch das Bilden von Währungsreserven nicht als einen Teil der Lösung und sozusagen am IWF vorbeizugehen. Ich sehe darin eher ein Problem. Die dritte Komponente - Finanzarchitektur -, das war ja die Ausgangsfrage, sind eben die internationalen Organisationen. Hier ist die Diskussion darauf gerichtet u. a.: Was sind die Aufgaben? Das will ich nicht wiederholen. Aber wie sieht die governance aus? Mir fällt in den Diskussionen dann immer wieder ins Auge, dass mit diesem Begriff eigentlich zwei unterschiedliche Dinge gemeint sind: Einmal meint man damit die Organisationsstruktur der einzelnen Institutionen wie IWF oder auch financial stability forum, zum anderen aber auch das Verhältnis der einzelnen internationalen Organisationen zueinander. Und das ist ein sehr großer Diskussionspunkt. Deswegen fielen auch heute häufiger G 20, IWF und die anderen internationalen Organisationen. Was ich ganz konkret und praktisch aus der Alltagsarbeit, also zusammen mit den Kollegen, auch den Kollegen aus dem Ministerium beobachte, ist, ja, zum Teil bedauerlicherweise eine erhebliche Überlappung. Wenn ich mir ganz konkret betrachte jetzt den G 20-Prozess und sehe, was vom G 20er-Gipfel im kommenden April runtergebrochen wird auf die Arbeitseinheiten, also konkret auch auf mich, dann stelle ich fest, dass vieles, was jetzt konkret erarbeitet werden soll, für den kommenden Gipfel im April, ja im April 2009, eigentlich schon vom FSF vorgeleistet worden ist. Und wenn ich mir die Tabellen angucke, da sieht man an sehr vielen Stellen dann eigentlich schon ein Häkchen in dem Sinne, dass da steht, der FSF, financial stability forum, hat hier schon Vorleistungen getroffen. Vielleicht ist das zu praktisch

jetzt. Aber ich erwähne es deswegen, weil man durch die verschiedenen Prozesse - G 20, FSF, IWF, und ich könnte viele weitere Gremien nennen - förmlich überschüttet wird und man dann oft nicht mehr genau weiß, wo konkret anzusetzen ist. Vielleicht ist es notwendig, ich bekenne das ganz offen, müsste man darüber noch mal näher nachdenken: Wo sind eigentlich die relativen Vorteile dieser internationalen Organisationen? Wo sollte der Schwerpunkt sein, damit wir nicht so viel Doppelarbeit leisten müssen? Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Gabriele Frechen: Vielen Dank, Herr Prof. Remsperger. Nächster Fragesteller ist Herr Kollege Leo Dautzenberg für die CDU/CSU.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Politik findet dann auch immer im konkreten Fall statt. Und es sind schon einige Konkretisierungen jetzt herbeigeführt worden oder zumindest angedeutet worden, was erwartet wird. Ich möchte meine Frage richten einmal an Herrn Sanio und an Herrn Remsperger, Bundesbank, weil Sie ja gemeinsam für die Aufsicht zuständig sind. Auch Vorgabe des G 20: Wir wollen keine weißen Flecken mehr. Das als Forderung. Wie können Sie das im Grunde umsetzen, weil ja die Länder selber mit dran beteiligt waren im G 20, die auch diese weißen Flecken noch haben? Wir haben sie ja auch teilweise in Europa noch. Wie setzt man das um?

Stellvertretende Vorsitzende Gabriele Frechen: Danke für die Frage Herr Dautzenberg. Zur Beantwortung zuerst Herr Sanio.

Sv Sanio (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Ja, Herr Dautzenberg, wenn ich das wüsste, wäre ich schon einen Schritt weiter. Immerhin haben wir zum ersten Mal auf dem G 20-Weltfinanzgipfel die von Ihnen eben frei zitierte Wegweisung, es soll keine weißen Flecken, unregulierte Flecken mehr geben. Ihre Frage war zu kurz. Ich kann so schnell gar nicht blättern, um die Stelle zu finden. Die muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Da steht dann drin der Unterschied zwischen regulation, da taucht das vierte Wort auf, und oversight, und dann auch nur meiner Erinnerung nach adequately, was immer angemessen, was immer das dann auf Deutsch heißt, und irgendwo anders im Kontext wird den Selbstregulierern, z. B. den Hedge Fonds-Selbstregulierern am Platz London, noch die Gelegenheit eingeräumt, sie mögen ihr oversight oder wie auch immer System dann mal vorstellen, sodass ich im Moment eher der ungläubige Thomas bin. Ich möchte das wirklich sehen, dass das funktioniert. Die Aufsicht, da das ein Politikum ist, ist ein Politikum höchster Bedeutung für Finanzplätze, die im Wettbewerb miteinander stehen, die Aufsicht, die nationale Aufsicht als Repräsentant in internationalen Aufsichtsgremien und Foren wird das nicht durchsetzen können. Wir haben uns, Herr Häusler hat das auch vorhin schon anklingen lassen im anderen Kontext, Jahre, bald sind es Jahrzehnte, abgemüht, offshore-zentren endlich auf den Pfad der Tugend zu kriegen. Schwarze Listen, erlaube ich mir doch die Zwischenbemerkung, black list - habe ich mal beim IWF erwähnt -, das ist ein

no-no word beim IWF, black list, das ist ganz ..., macht man nicht, man massiert Leute netterweise. Bisläng haben wir die nur massiert, und jetzt muss surveillance kommen, aber von wem. Ich weiß es nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Gabriele Frechen: Danke Herr Sanio. Zur Beantwortung jetzt gebe ich das Wort an Herrn Prof. Remsperger.

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): Also, wenn es Herr Sanio nicht weiß, wer soll es dann wissen. Ich will vielleicht einen ...

Zwischenruf

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): ... ja, ja. Ich will vielleicht nur einen Punkt in diesem Zusammenhang machen. Ich weiß nicht, Herr Sanio, ob Sie und die anderen es teilen, diese Aussage „keine weißen Flecken mehr“, das so schwer zu konkretisieren ist, und die Frage ist ja auch der Wünschbarkeit. Aber es signalisiert, dass nicht doch, wie soll man sagen, eine Umstellung in der Einstellung einiger, also auch großer Länder, z. B. der Vereinigten Staaten. Ich kann mich jedenfalls sehr gut daran erinnern, dass, wenn diese Thematik angesprochen worden ist in früheren Jahren, dass man doch ausgesprochen zurückhaltend gewesen ist und man eigentlich nicht unbedingt und überall mehr Transparenz wollte. Und das hat sich nach meiner Einschätzung geändert. Ich meine, geändert hat sich vielleicht auch der Blick auf das eigene Finanzsystem. Ich weiß noch sehr gut, wie viel der Kollegen zu Beginn der Finanzkrise gesagt haben, das ist doch ein winzig kleiner Teil des Finanzmarktsektors, was sich da auf dem subprime-Markt abspielt. Auch das hat sich geändert. Also, ich will eigentlich nur sagen, es ist doch jetzt die Einsicht größer, dass zumindest einige der Flecken bereinigt werden sollen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Kollege Leo Dautzenberg, Nachfrage.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Weil ich meine Frage kurz formuliert hatte. Herr Sanio hat ja schon gesagt, er weiß es nicht, wer das machen könnte. Aber, Herr Remsperger, ist das nicht eine gewisse temporäre Situation, dieser Einsicht, wenn es unter Umständen gerade in den USA wiederum in zwei, drei Jahren besser gehen wird. Deshalb ist die Frage: Wie lange ist das Zeitfenster überhaupt offen, tatsächlich jetzt zu konkreten Maßnahmen zu kommen, die vielleicht bei Erholung dieses Bereiches dann wiederum nicht gewünscht sind?

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja, bitte, wenn Sie beantworten würden. Herr Sanio.

Sv Sanio (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): Das Zeitfenster ist sicherlich nur so lange offen, wie die Krise andauert. Wir sollen uns vielleicht in Erinnerung

rufen, dass, kurz bevor die Krise ausbricht, die USA gerade einen Bericht, einen Regierungsbericht veröffentlicht haben, der untersuchte, welche Wettbewerbsnachteile die USA im Wettbewerb mit dem light touch - nennen die das ja -, light touch regulierten Platz London erlitten hatten. Das sind riesige Marktanteile von New York nach London abgewandert. Und die Quintessenz aus diesem Bericht, dass nämlich in den USA weiter dereguliert werden müsse, um das Londoner Niveau nach unten zu erreichen und Marktanteile zurückzugewinnen, man war meines Erachtens gerade dabei, diesen nächsten Schritt einzuleiten, und dann kam - wie sagt ein deutscher Poet - hammerhart der Schlag, und alles änderte sich über Nacht. Wenn das mal vorüber ist, wann immer dieser Zeitpunkt kommen wird, werden wir immer noch den Wettbewerb zwischen verschiedenen Finanzplätzen in der Welt haben. Wir werden immer das Risiko haben, dass sich jemand durch Regulierungsarbitrage Wettbewerbsvorteile verschaffen will. Daher rührt meine Skepsis. Wenn das ernst gemeint ist, ich gehe mal davon aus, dass es ernst gemeint ist, aber die Formulierungen haben ein paar - auf englisch gesagt - escape doors, wo man lange streiten kann, was bedeutet denn oversight usw. Dann wollen wir doch mal sehen, wenn die Stunde der Wahrheit jetzt kommt: werden die hedge funds, um mal eine ganz besonders nette Spezies zu nehmen, die groß unter Druck stehen und vielleicht demnächst umkippen, werden die dann unter Aufsicht gestellt. So. D. h., die Wettbewerbsvorteile oder die großen Vorteile der USA und die Wettbewerbsvorteile von London - in Mayfair -, wo die ja zuhauf mit ihren management companies sitzen, die wären dann weg, wenn man die zwingen könnte, diese hedge funds hart zu regulieren. Dann würde man ihnen alle Freiheiten nehmen. Die Definition hedge funds heißt eigentlich, das ist ein unreguliertes Wesen. Das sind Tests. Oder würde es uns endlich gelingen, die karibischen Geldwäschezentren, und ich bin so fein, weil die ja im EWR sind, hier keine europäischen Namen zu nennen, die so unter Druck zu setzen, dass sie endlich den internationalen Standards vorbehaltlos anschließen und kooperieren und alle Namen bei Nachfrage offenlegen usw. Das kann man an und für sich relativ schnell herstellen, wenn das alles ernst gemeint ist. Meine Meinung ist, es muss ein unheimlicher Druck in einer, hoffentlich, ich hoffe ja, dass die Zeit, das Zeitfenster, definiert als Dauer der Krise, nur kurz aufgeht, damit die Krise endlich vorbei ist, das hat doch noch Vorrang. Das Zeitfenster ist kurz. Hier müssten eigentlich jetzt schon richtig harte Initiativen laufen. Herr Häusler hat vorhin aber gesagt, sich erinnernd, was wir auch mal im financial stability forum vor fünf, sechs oder sieben Jahren hatten, hatten wir es mal geschafft, für ein oder zwei Jahre eine schwarze Liste zu führen. Das war aber dann doch nicht mehr so erwünscht. Das verschwand. Der ganze Verein wurde der technical assistance der Weltbank übergeben, damit die Weltbank Schulungen macht, und dann wird das schon alles hinhalten. Die Weltbank in allen Ehren, die hat auch sicherlich hervorragende Schulungen gemacht, aber damit kriegt man das Problem nicht aus der Welt, sodass, wenn man da was tun will, kann das nur durch großen international koordinierten, und d. h., es muss einen groß angelegten Konsens geben, dass das ernst gemeint ist. Nur die Politik kann das durchpowern - im wahrsten Sinne des Wortes. Die Aufsicht kann dann Teams zusammenstellen,

die das überprüfen. Der IWF kann da wieder seine surveillance-Rolle spielen, dass das alles auch richtig implementiert wird. Aber jetzt die anderen, die wunderbar Jahre davon große Vorteile gehabt haben, zur Aufgabe zu zwingen, das ist bislang, Herr Remsperger ist der Optimist, ich bin vielleicht der Pessimist, aber bislang ist das ein, mir gefällt er gut, ein Programmsatz. Der muss jetzt aber richtig ausgefüllt werden - in kurzer Zeit.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Prof. Dr. Remsperger, sind Sie der Optimist?

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): Ich weiß nicht, ob diese Begriffe so treffen jetzt mit Optimist und Pessimist. Aber vom Grundton her bin ich eigentlich optimistisch. Aber ich ...

Heiterkeit

Vorsitzender Eduard Oswald: Das hat er auch gemeint.

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): Ich will das Bild aufnehmen, was Herr Sanio eben gebraucht hat, nämlich dass das Fenster wahrscheinlich nicht allzu lange offen sein wird. Wenn das aber der Fall ist, ich glaube, dann müssen wir uns sehr gut überlegen, wer in relativ kurzer Zeit, ich muss genauer sagen, wer oder was in relativ kurzer Zeit durch dieses Fenster soll. Mein Eindruck gegenwärtig ist, dass zu viel durch dieses Fenster zum gleichen Zeitpunkt will, und dann gibt es einen Stau. Konkret gesagt, wenn wir die Substanzfragen, die eben von Herrn Sanio angesprochen worden sind, zugleich alle klären wollen, in institutionellen Fragen habe ich große Sorgen. Ich könnte mir z. B. vorstellen, dass allein die Frage, ob das financial stability forum vielleicht um zwei, drei oder mehr Länder vergrößert werden soll, so viel Ressourcen bindet, die bedauerlicherweise dann vielleicht für andere substanzielle Fragen - Eigenkapital, Hedge Fonds usw. - fehlen. Also, wir sollten uns bewusst sein, dass die Ressourcen knapp sind, auch der gedanklichen Befassung mit solchen Problemen. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir haben zu danken. Wir gehen zum nächsten Fragesteller. Das ist unser Kollege Ortwin Runde. Ich bitte den Kollegen Ortwin Runde.

Ortwin Runde (SPD): Ich finde im Zusammenhang mit dem, was Herr Spiller gesagt hat, das Bild mit dem Zeitfenster, dass ein Spalt geöffnet worden ist, angesichts dieser Krise immer richtig schön. Man muss da feststellen, aus dem Haus sind alle Fenster rausgeflogen. Wenn da gesagt wird, alte Architektur beibehalten, weiterentwickeln, stellt sich ja ein bisschen die Frage bei der Architektur, die ja in der Statik so gut ist, dass neuerdings noch ein Schneeballsystem für 50 Milliarden dann Leuten, und zwar Profis, um die Ohren geflogen

ist, das ist ja eine spannende Sache. Ich habe eine Frage an Herrn Wahl und Prof. Bofinger. Wir erleben das Ende der amerikanischen oder der angelsächsischen Dominanz in den Finanzmärkten. Es wird ja immer von der Multilateralität gesprochen. Angesichts dieser Veränderungen: Gibt es noch eine einheitliche Philosophie? Ist das das richtige Bild auch einer einheitlichen Philosophie? Hier ist ja die angelsächsische ad absurdum geführt worden. Gibt es eine einheitliche Philosophie? Kann Multilateralität sich darin erschöpfen, den IWF ein bisschen anders zu besetzen, aber dann strikt hierarchisch nach unten durchzugliedern? Oder wird vielleicht nicht ein anderes Modell auch in Teilen schon in der Realität erprobt, nämlich das der Regionalisierung? Was heißt das, wenn man dieses weiterdenkt mit der Regionalisierung, Multilateralität? Also das, was wir in Asien erleben mit drei Ländern, was wir, zum Teil der IWF ja erlebt hat, mit den südamerikanischen Ländern, geht das weiter? Und empfiehlt sich für Europa dann vielleicht auch eine Regionalstrategie oder müsste man nicht da zumindest einen größeren Akzent auflegen?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Kollege Ortwin Runde. Ich gebe Ihnen, Herr Wahl, das Wort. Bitte schön, Herr Wahl.

Sv Wahl (weed - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e. V.): Ich glaube, dass in der Tat eine Tendenz zu erkennen ist hin zu einer Regionalisierung und zu einer Pluralisierung sowohl im wirtschaftspolitischen Denken, in der Herausbildung regionaler Verbände, Blöcke usw. Chiang-Mai-Initiative ist ein solches Stichwort. Sie haben selbst Lateinamerika erwähnt und andere. Und es gibt gerade im Hinblick jetzt auf den Gipfel in Washington am 15. November ein interessantes Faktum, das in diese Richtung ebenfalls deutet. Es gab ja und gibt auch, wie in diesem Kreise hier deutlich wird, nach wie vor die Absicht, dem IWF und dem FSF eine prominente Rolle zuzuweisen. Er sollte bereits in Washington beauftragt werden, so was wie eine road map für eine neue Finanzarchitektur zu machen. Zehn Tage vorher gab es in Sao Paulo eine Konferenz von Staaten der nicht G 8-Mitglieder der G 20, also China, Brasilien usw. Die haben dort öffentlich erklärt, nein, das wollen wir nicht. Das Resultat ist, dass diese Formulierung oder diese Idee, dieser Gedanke sich ja auch tatsächlich nicht im Kommuniqué in der Abschlusserklärung findet. Zwar ist immer noch in vager Form davon die Rede, dass ihnen eine wichtige Rolle zugesprochen werden soll. Aber es war nicht mehr möglich in Washington, diese Idee zu implantieren und durchzusetzen. Ich glaube, das ist ein Hinweis dafür, dass weltpolitisch ein neuer Wind weht, und man kann vieles wünschen und vorschlagen, und auch die Bundesregierung kann versuchen, auf dieser Linie weiterzufahren. Ich kann mir gut vorstellen, dass es schlicht und einfach nicht mehr funktioniert; dass die anderen nicht mitmachen, dass man, wenn man jetzt nicht in dieser Situation die Öffnung macht, man eine Partikularisierung, eine Regionalisierung befördert, wobei das dann unter den gegebenen Bedingungen auch nicht unbedingt das Schlechteste sein muss. Ich glaube, man sollte in einer Doppelstrategie sich darauf einstellen, zu versuchen, so viel global an Problemen zu lösen wie möglich, aber auch

regional so viel wie nötig an Regulierung, an politischen Maßnahmen zu machen. Da gibt es ganz beträchtliche Spielräume. Ob das die offshore-zentren sind, ob das Hedge Fonds sind und andere extreme Erscheinungen, die in diesem Kasinosystem in den letzten 20 Jahren entstanden sind. Die kann man auch regional machen und in manchen Punkten sogar unilateral. Bei den Hedge Fonds haben die US ..., Entschuldigung, bei den offshore-Fragen haben die USA unter dem Titel „Terrorismusbekämpfung“ einfach gesagt zu einigen dieser Länder: wir wollen das nicht. Es ist Schluss. Ihr habt Interessen bei uns. Wenn ihr die noch bewahren wollt, Punkt, aus, fertig, wenn ihr uns jetzt nicht hier Zugeständnisse an diesem Punkt macht. Das ist geschehen. Und es ist nur eine Frage des politischen Willens, dass diese Bundesregierung sich hinstellt und nicht nur Liechtenstein, das ist noch am einfachsten, aber auch Österreich, Irland und einigen anderen und vorne weg der Schweiz einmal etwas deutlicher sagt, wie ein zivilisiertes System der Finanzmarktregulierung aussieht, und da entsprechend Druck macht. Das ist möglich. Das ist machbar.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Herr Peter Wahl. Jetzt Prof. Dr. Peter Bofinger. Bitte schön, Herr Bofinger.

Sv Prof. Dr. Bofinger: Ich kann ja dem, was Herr Wahl sagt, im Prinzip schon zustimmen. Ich meine, grundsätzlich ist die Regionalisierung natürlich in Fragen gerade der Finanzmärkte eher eine Fehlentwicklung. Ich glaube, man braucht in den Finanzmärkten globale Ansätze und das ist ja keine so neue Idee, denn schließlich ist ja das alte Bretton Woods-System genau auf diese Annahme gegründet worden, dass man sagt, wir brauchen für ein globales Finanzsystem und für ein internationales Finanzsystem auch eine globale Einrichtung. Und es ist eigentlich erstaunlich, dass wir heute zurückfallen hinter das, was 1944 mitten im Krieg eigentlich möglich war. Und Regionalisierung ist in diesen Bereichen aus meiner Sicht immer eine Fehlentwicklung. Gerade jetzt bei der Finanzaufsicht ist es eben sehr, sehr schwierig, jetzt nationale Initiativen zu machen. Ich meine, die Amerikaner können das vielleicht noch machen, aber wenn wir jetzt in Deutschland für unsere Banken bestimmte Regeln machen und die anderen wichtigen Länder ziehen nicht mit, dann wird gesagt, das geht eben nicht, das ist ein Wettbewerbsnachteil und das ist ja auch einleuchtend. Also die Möglichkeiten, jetzt irgendwelche besonderen Regulierungen für unsere Banken zu machen, ist schwierig. Und deswegen ist das Wünschenswerte schon, dass man versucht, das global zu machen. Und wie gesagt, deswegen glaube ich schon, dass der IWF da auch eine vernünftige Institution ist. Wenn da einzelne Ländergruppen nicht angemessen repräsentiert sind, dann meine ich, muss man eben daran arbeiten. Das ist ja auch nicht gottgegeben, der Herr Häusler hat das ja auch schon gesagt, und diese Ablehnung gegenüber dem IWF die beruht ja auch darauf, dass einzelne Länder eben noch nicht angemessen vertreten sind. Da muss man eben daran arbeiten. Und ich glaube, wenn man da entsprechende Veränderungen vornimmt, dann ist auch die Legitimation des IWF in Asien oder in Lateinamerika größer. Also, bevor wir jetzt neue Institutionen gründen, würde

ich lieber versuchen, die Institution, die wir haben, so zu gestalten, dass das einigermaßen auch dem ökonomischen und politischen Kräfteverhältnis dann entspricht. Ich würde noch einen Satz sagen, gerade wenn man bei dieser globalen Sicht ist, was die Wechselkursentwicklung angeht. Wir reden ja sehr viel über die Bankenaufsicht, aber es wird eigentlich relativ wenig - mit einer Ausnahme bisher - über die Frage der Wechselkursentwicklung gesprochen. Ich glaube schon, dass das internationale Währungssystem mit krisenverstärkend war und nicht nur das mit China, das ist sicher ein Punkt, aber ich glaube auch, dass das System flexibler Kurse massiv krisenverschärfend gewirkt hat. Wenn Sie sehen, die ganzen carry trades, die stattgefunden haben, haben es z. B. den amerikanischen Investmentbanken erlaubt, noch lange Zeit sich mit japanischen Yen quasi zum Nulltarif zu finanzieren, als in den USA die Zinsen schon wieder nach oben gingen. Dann hat der Yen sogar noch abgewertet, d. h. das hat das noch verstärkt. Das heißt also, diese Fehlentwicklung beim Yen hat dazu beigetragen, dass die Krise deutlich länger gegangen ist. Und wenn Sie dann jetzt Länder angucken mit flexiblen Wechselkursen - Island, osteuropäische Länder -, die nun eine Zeitlang eben eine Phase hatten, wo ihre hohen Zinsen Kapital angelockt haben, wo dann sehr viel Kapital zugeflossen ist, wo dann im Immobilienbereich alle möglichen Fehlentwicklungen stattgefunden haben, meine ich schon, dass man auch dieses System flexibler Wechselkurse noch mal ganz kritisch unter die Lupe nehmen muss. Da muss nicht unbedingt rauskommen ein System fester Wechselkurse. Da kann man sich auch dynamische Lösungsansätze vorstellen. Aber ich glaube, es ist zu kurz gegriffen, jetzt nur die Bankenaufsicht im Blick zu haben. Das ist sicher sehr wichtig, aber ich glaube, diese Idee, dass man auch noch mal sich zusammensetzen muss, international zu fragen, wie kann man die globalen Wechselkursrelationen vernünftig regulieren. Da gehört beides dazu. Es gehört dazu, dass es nicht akzeptabel ist, dass ein Land wie China den Wechselkurs als handelspolitisches Instrument einsetzt. Das ist einfach eine Form von Protektionismus, die unter WTO-Bedingungen überhaupt nicht machbar wäre, aber als Wechselkurspolitik kann ich das machen. Und dieser enorme Anstieg der Devisenreserven reflektiert das ja, dass viele Länder eine Aufwertung ihrer Währung verhindert haben allein aus handelspolitischen Erwägungen. Und das, was normalerweise im WTO-Bereich untersagt wäre, kann ich im Wechselkursbereich ganz einfach machen. Deswegen nutzen die Länder das. Das heißt, das ist die eine Schiefelage des Systems und die andere ist eben, dass dort, wo wir flexible Wechselkurse haben, Entwicklungen stattfinden, die völlig dem widersprechen, was im Lehrbuch steht und die deswegen auch destabilisierend wirken. Und ich hoffe nur, dass wir jetzt nicht im Augenblick, was sich ja schon etwas da abzeichnet, wenn wir in der jetzigen Konjunkturlage noch eine Aufwertung des Euro bekommen würden, dann wäre das also für die deutsche Wirtschaft einfach nur eine Katastrophe. Und deswegen glaube ich, wäre es auch wirklich alle Mühe wert, die Wechselkursordnung unter die Lupe zu nehmen und zusätzlich zu diesen ganzen Bemühungen, die jetzt gemacht werden bei der Bankenaufsicht auch mal wirklich noch mal intensiv über die Neuordnung der Wechselkursbeziehungen nachzudenken. Da wäre IWF aus meiner Sicht die entscheidende Institution. Dafür ist sie ja

auch gegründet worden. Die ist ja nicht gegründet worden, um jetzt mit irgendwelchen Ländern mit makroökonomischen Schwierigkeiten zu helfen oder FSAP's zu machen, sondern er ist gegründet worden, um dafür zu sorgen, dass Wechselkurse nicht handelspolitisch manipuliert werden können. Die Überwachung der Wechselkurse - das war die Kernfunktion. Ich meine, die sollte man auch wieder im Blick haben und sollte auch darüber nachdenken. Das ist hier keine Sache, die man morgen machen kann, aber vielleicht übermorgen wäre das eine ganz wichtige Aufgabe.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Prof. Dr. Bofinger. Jetzt kommt die nächste Fragestellung aus der FDP-Fraktion. Kollege Frank Schäffler, Sie sind gefordert.

Frank Schäffler (FDP): Ich habe schon gar nicht mehr damit gerechnet, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja, man darf die Hoffnung nicht aufgeben. Das gilt generell.

Frank Schäffler (FDP): Danke schön. Es ist ja gerade von aufsichts- oder regulierungsfreien Räumen gesprochen worden - das wird ja immer als Argument angeführt - und dass man das jetzt auch beseitigen wolle zur künftigen Krisenvermeidung. Nur das, was wir derzeit an Krise erleben, ist ja nicht in aufsichtsfreien Bereichen entstanden, sondern im hoch regulierten Bereich. Also der subprime-Bereich in Amerika war ja reguliert. Sonst wäre er ja gar nicht so entstanden. Sonst hätte er gar nicht entstehen können. Sonst hätte sich nicht jeder in Amerika eine Immobilie leisten können. Und auch was unsere Landesbanken betrifft in Deutschland, ist das ja auch im regulierten Bereich entstanden. Also, die BaFin hatte ja auch die Zweckgesellschaften punktuell geprüft. Also, insofern will ich jetzt noch mal nachhaken, ob es nicht doch auch an der ausufernden Geldmenge liegt, die als Ursache tatsächlich der Krise zu suchen ist. Und da ist die Frage, wieso spielt das eigentlich in der öffentlichen Debatte so eine geringe Rolle? Und deshalb würde ich die Frage vielleicht noch mal an Herrn Prof. Remsperger und Herrn Dr. Dieter stellen, wieso gerade diese Frage der Geldmengenausweitung eigentlich in der Krisenanalyse so eine untergeordnete Rolle spielt?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen herzlichen Dank, Kollege Frank Schäffler. Ich beginne bei der Bundesbank, Prof. Dr. Remsperger.

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): Zu der Aussage, dass in den Vereinigten Staaten die Krise begonnen hat und das Zentrum eigentlich nach wie vor ist in den subprime-Bereichen. Diese Auffassung, also die kann ich nicht teilen. Also nach alledem, was ich mir angesehen habe und was ich im Kopf gespeichert habe, das deutet darauf hin, dass also dieser Bereich eher wenig reguliert gewesen ist. Das ist ja dieses originate distribute model, wo der Geld- und Kreditentstehungsprozess eigentlich nicht genügend reguliert gewesen ist, und das ist, glaube ich, eines der Probleme im amerikanischen ...

Zwischenruf

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): Bitte? Das ist eine andere Frage, ob der Staat, ob die Vereinigten Staaten also in einem gewissen und durchaus langen Zeitraum es sich zum Ziel gesetzt hatten, sozusagen die Wohneigentumsquote zu heben. Das ist aber ein anderer Bereich. Das ist ein anderer Bereich, der natürlich eine Verbindung zu diesem hat. Man kann das Eine durchaus wollen - mehr Wohnungen, mehr Eigentum in dieser Form. Aber ich bin der Auffassung, natürlich ist man hinterher immer schlauer, dass zu dieser Politik auch gehört hätte eine klarere Aufsicht und Regulierung in diesem Kreditschaffungsprozess. Das ist das, was ich dazu sagen möchte. Zu dem anderen Punkt, den Sie erwähnt haben, die Rolle der Geldmenge und der Geldpolitik, dazu kann ich nur sagen, dass wir in der Bundesbank, und Herr Weber hat es wiederholt getan, darauf hingewiesen hat, dass diese Krise, diese Finanzkrise mehrere Väter hat und dass dazu auch gehört, dass das Zinsniveau durch die Geldpolitik mit bedingt zu lange auf einem zu niedrigen Niveau geblieben ist. Ob alles anders gelaufen wäre, wenn eine andere Geldpolitik betrieben worden wäre, das wage ich jetzt nicht zu sagen, aber es gibt durchaus also inzwischen eine Menge von Untersuchungen und Stellungnahmen, die sich auch zu diesem Ursachenkomplex äußern. Aber ich will noch mal unterstreichen: Das ist nicht die einzige Ursache. Wenn wir zurückblicken, müssen wir jetzt feststellen, dass diese Krise in der Tat also sehr viele Ursachen gehabt hat. Ich meine, wir beschäftigen uns jetzt ständig - es ist auch gar nicht anders möglich - mit der vergangenen Krise. Wie die nächste womöglich aussehen wird, welche Ursachen die hat, das bleibt leider offen. Und insofern ist dieser Appell, dass man ...

Zwischenruf

Sv Prof. Dr. Remsperger (Deutsche Bundesbank): Bitte? Ja, ich meine - nein, ich habe mich jetzt nicht präzise genug ausgedrückt. Wenn ich jetzt ..., mit der vergangenen meine ich die jetzt leider noch die Krise, mit der wir uns jetzt noch beschäftigen müssen. Das meinte ich. Sie haben vollkommen Recht. Ich habe da mich eben versprochen. Das ist auch, glaube ich, jetzt nicht der zentrale Punkt. Ich würde mir auch wünschen, wäre sie nur vorbei. Ich wollte nur sagen, wer weiß, wo die nächste herkommt. Ich könnte es Ihnen jetzt nicht sagen. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja, wir haben Ihnen zu danken. Wir gehen jetzt weiter zu Ihnen, Herr Dr. Heribert Dieter.

Sv Dr. Dieter: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich finde das auch sehr spannend, Herr Schäffler, Ihre Frage, warum wird denn die Rolle der Geldpolitik so wenig diskutiert. Warum wird nicht genauer darauf geschaut, dass die amerikanische Notenbank mehrfach - und das

ist eben das Bemerkenswerte - mehrfach dem amerikanischen Finanzsektor durch großzügige Bereitstellung preiswerter Liquidität aus der Patsche geholfen hat. Man kann ja diese Krise jetzt auch mal anders formulieren oder anders interpretieren und kann sagen, dieses ist die letzte in einer Reihe von Krisen, dot com bubble nur als ein Beispiel. Was wir immer erlebt haben ist, dass die amerikanische Notenbank - und ich hatte das vorhin bereits erwähnt - eine asymmetrische Politik gefahren hat. Im Aufbau der Blase hat sie den Aufbau der Blase gestattet und im Abschwung hat sie dann großzügig Liquidität bereitgestellt. Was neu ist bei dieser Krise, ist, dass die Instrumente der amerikanischen Notenbank nicht mehr funktionieren. Das ist wirklich neu, dass die Bereitstellung von Liquidität nicht mehr ausreicht, das ist neu. Aber dass es sozusagen im Vorfeld schon eine verfehlte Geldpolitik an mehreren Stellen gegeben hat, das muss man, glaube ich, deutlich sagen. Und ich bin auch überrascht, dass man das nicht intensiver diskutiert. Es ist ja auch nicht so, dass es da keine Diskussion gegeben hätte. Es gab im amerikanischen Zentralbankrat bereits 1996/1997 - Greenspan hatte selber ja gerade von irrationaler Übertreibung gesprochen - eine Diskussion, ob man nicht bei den sich aufbauenden übertriebenen Bewertungen im Technologie-sektor in der NASDAQ, ob man nicht eine Geldpolitik betreiben sollte, die dem Finanzsektor deutlich macht, dass hier sich Risiken entwickeln. Greenspan hat das damals abgelehnt. Es gab dann im Jahr 2001 eine Diskussion zwischen Herrn Issing und Herrn Greenspan auch auf die Frage, ob sich Notenbanken und ob die Geldpolitik der Notenbanken denn aufbauende Blasen berücksichtigen sollten und mit einer restriktiven Geldpolitik reagieren sollte. Damals sagte Herr Greenspan, wir können das nicht, wir wollen das nicht. Und die Position von Herrn Issing, der die EZB vertrat und sagte, es ist notwendig, dass sich Notenbanken auch mit asset price inflations beschäftigen, die war damals eine Minderheitsmeinung. Also, ich denke da muss man auch bei der von Bundespräsident Köhler geforderten Ursachenforschung noch mal genauer rangehen und sich noch mal genauer anschauen, wie sind denn da die Beiträge insbesondere der amerikanischen Geldpolitik gewesen. Ich will noch auf die Frage mit den unregulierten Finanzplätzen kurz eingehen. Ich glaube, das wird die zentrale Frage sein und das hat bis jetzt niemand beantwortet. Ich habe auch keine. Ich will nur noch mal darauf hinweisen, dass die Frage, wie sich gut regulierte Finanzplätze vor einer mörderischen Konkurrenz durch schlecht regulierte Finanzplätze schützen, dass wir darüber diskutieren müssen. Ich will nicht sagen, dass das jetzt eine einfache Diskussion werden wird, aber wenn man die Erfahrungen früherer Krisen berücksichtigt, dann ist relativ klar, dass die Angst, die momentan im Markt ist, in zwei drei Jahren nicht mehr vorhanden sein wird. Dann wird es neue Übertreibungen geben und man muss sich fragen, wie schützt man gut regulierte Finanzmärkte vor dieser Konkurrenz von schlecht regulierten oder gar nicht regulierten Finanzplätzen. Das ist eine ganz schwierige Frage. Wie gesagt, auch die BaFin hat da offenbar noch keine Antwort, aber man wird sich mit dieser Thematik auseinandersetzen müssen. Letzter Punkt: Ich will da noch kurz eingehen auf das, was Herr Remsperger vorhin sagte und der Frage der flexiblen oder nicht flexiblen Wechselkurse. Es ist natürlich nicht so, dass nur Länder mit festen Wechselkursen Devisenreserven aufgebaut haben.

Also, das Land mit den zweitgrößten Devisenreserven nach China ist Japan. Die haben bekanntlich einen flexiblen Wechselkurs. Es gibt auch Länder, die zu Leistungsbilanzüberschüssen neigen, wie das unsere, die über einen flexiblen Wechselkurs verfügen. Und bekanntlich sind Leistungsbilanzüberschüsse die Voraussetzung, um Forderungen ans Ausland aufbauen zu können. Also mit der eindeutigen Festlegung, dass nur feste Wechselkurse sozusagen zu dem Aufbau von Währungsreserven beigetragen haben oder dazu geführt haben, da würde ich ein Fragezeichen setzen wollen. Danke schön.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir danken Ihnen, Herr Dr. Dieter. Jetzt ist der nächste Fragesteller aus der Fraktion DIE LINKE. Dr. Axel Troost. Bitte schön, Kollege Dr. Axel Troost.

Dr. Troost (DIE LINKE.): Danke schön. Da ich vermute, dass wir uns ja doch schon in der Nähe der Einlaufkurve bewegen, will ich ...

Vorsitzender Eduard Oswald: In der Zielgeraden.

Dr. Troost (DIE LINKE.): ... oder schon die Zielgerade, will ich das, was ich eigentlich noch fachlich hatte, hinten anstellen und will doch noch mal Herrn Wahl und den DGB fragen, vor dem Hintergrund dessen, was wir hier gehört haben, was ja zumindest für mich als Linker doch auch überraschend war, dass der IWF sagt, wir haben gelernt, wir haben mitgekriegt, dass die Strukturen anders werden müssen, dass die Aufsichtspositionen anders werden müssen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch schon wieder gehört, das Fenster ist schon wieder eng. Alles zusammen schaffen wir vielleicht doch nicht. Und bei manchem habe ich eben das Gefühl, es werden große Erwartungshaltungen geäußert und man ist schnell dann wieder am Schluss doch dabei, dass vieles nicht veränderbar ist. Deswegen die Frage ganz konkret: Was erwarten Sie von der Bundesregierung, was erwarten Sie vom deutschen Parlament, an diesem Prozess jetzt konkret weiterzustricken und wie viel Druck muss ausgeübt werden, damit das Fenster möglichst lange auf bleibt und möglichst viele der angesprochenen Lösungen auch wirklich angegangen werden können?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Kollege Troost. Ich beginne beim gefragten Deutschen Gewerkschaftsbund, Herr Dr. Payandeh. Nein, das macht jetzt Herr Dr. Hirschel. Herr Hirschel hat das Wort. Bitte schön.

Sv Dr. Hirschel (Deutscher Gewerkschaftsbund): Ja, schönen Dank. Der entscheidende Punkt ist in der jetzigen Situation, denke ich, neben der internationalen Koordinierung, die in den Fragen der Aufsicht, in den Fragen der Regulierung extrem wichtig ist, dass nationale Handlungsspielräume genutzt werden. Eine Debatte ist hier gar nicht geführt worden. Herr Sanio hat ja zu Recht auf die Problematik der Regulierung weißer Flecken hingewiesen, aber

es ist natürlich so, dass ein Hedge Fonds ohne seinen Prime Broker kein Geschäft machen kann. Ja - also die täglichen Transaktionen werden über den Prime Broker abgewickelt. Und dann ist die Frage, wie reguliere ich die Finanzierung des Prime Brokers, wie reguliere ich das Geschäft des Prime Brokers? Und das kann ich national machen. Und wir haben das in der Vergangenheit nicht gemacht, weil wir es als Standortnachteil empfunden haben, wenn wir es tun, weil wir dann gesagt haben, dann gehen die eben nach London, dann gehen die eben an die wall street und tätigen von dort aus ihre Geschäfte. Das war immer das Argument und das müssen wir in der jetzigen Debatte drehen. Und wir können nicht alles auf die internationale Ebene und auf die europäische Ebene schieben. Viele Regulierungsfragen sind dort zu lösen - richtig. Aber wir müssen als viertgrößte Volkswirtschaft dieses Globus auch vorangehen und die nationalen Regulierungsfragen lösen und da ist wie gesagt die Frage der Regulierung der Prime Broker im Bereich Hedge Fonds ist ein wichtiges Feld. Das andere Feld ist von dem Kollegen Wahl genannt worden, die Frage, wie gehen wir mit den Steueroasen um. Auch dort können wir mit nationaler Regulierung einiges lösen. Warum sagen wir nicht zu den Banken, die mit diesen Steueroasen Geschäfte machen, wenn ihr das weiterhin macht, dann schließen wir euch die Filialen. In den USA passiert das. Die sind zu UBS gegangen und haben gesagt, wenn diese Geldwäscheaktionen in der Schweiz weitergehen, dann machen wir euch die Filialen dicht. Und was meinen Sie, wie schnell die UBS reagiert hat. Das hat keine zwei Tage gedauert, dann haben die die Transaktionen eingestellt und haben Einblick in ihre Bücher gegeben. Also das sind sozusagen nationale Aufgaben, die jetzt angegangen werden müssen und da wird sich auch die Glaubwürdigkeit von Politik festmachen. Da gehört dann auch die ganze Frage dazu der Eigenkapitalunterlegung risikobehafteter Geschäfte. Auch dort können wir national im Rahmen von Basel II agieren. Da gehört die ganze Frage dazu: Wie gehen wir mit Anreizstrukturen von Managergehältern um? Also, wenn wir die shareholder-value-Orientierung für eine Fehlorientierung halten, dann können wir uns auch national darüber unterhalten, ob Aktienoptionsprogramme weiterhin so generös gewährt werden müssen in diesem Land, ob der Kauf eigener Aktien weiterhin in dem Maße legalisiert wird, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Wir können z. B. auch die nationale Mitbestimmung ausbauen, um auf die Art und Weise eine stärkere Regulierung und Langfristorientierung hinzukriegen. Also, es gibt eine ganze Reihe an nationalen Handlungsschritten, die wir jetzt einleiten können. Ich habe ein paar Eckpunkte genannt und daran wird sich dann die Glaubwürdigkeit von Politik festmachen, ob diese Schritte eingeleitet werden oder ob wir einfach sagen, wir können nur europäisch, wir können nur international agieren und da gibt es die Blockaden auf US-amerikanischer Seite oder britischer Seite und die Konsequenz ist da Nichtstun. Vielen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Der Kollege Dr. Axel Troost wird Ihnen danken für die Antwort, weil er damit schon wieder Punkte hat für einen möglichen Parlamentsantrag oder zumindest dann schon die Vorbereitung zur Wahlplattform für die kommenden Wahlen.

Insofern sind auch solche Anhörungen durchaus hilfreich für die Verstärkung eigener Positionen.

Sv Dr. Hirschel (Deutscher Gewerkschaftsbund): Herr Oswald, wie Sie sicherlich wissen, sind wir Einheitsgewerkschaft. Wir orientieren nicht auf eine politische Gruppierung. Deswegen sind die Vorschläge natürlich an alle Parteien gerichtet.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wenn Sie das nicht gesagt hätten, wäre da auch gar niemand drauf gekommen.

Heiterkeit

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Herr Peter Wahl, Sie haben als Nächster das Wort.

Sv Wahl: Wenn ich drei Wünsche offen hätte an die Bundesregierung und an alle Politiker und Politikerinnen, erstens: Sie sollten viel mehr Selbstbewusstsein zeigen und an den Tag legen. Die letzten 20 Jahre haben gezeigt, dass jene, die sich als Master des universe aufgeführt haben, dass sich hinter dieser Fassade von Solidität, Seriosität und Nadelstreifen eigentlich ein Spieler- und Kasinosystem verbirgt, das jeglicher Solidität und Seriosität sozusagen entbehrt. Wenn man das begreift in der Politik und mit neuem Selbstbewusstsein versteht, dass die komplexen Probleme unserer Zeit und unserer Welt, einer globalisieren Wirtschaft, eines Krisenkomplexes, in dem Hunger, Elend, Armut, Klimaproblematik stehen, eben nicht durch völlig unterkomplexe Regulierungssysteme wie dem Markt geregelt werden können - ich bin jetzt deswegen nicht, damit wir uns nicht falsch verstehen, für totale Verstaatlichung, das ist ja nicht die Alternative, das Gegenteil eines Fehlers ist ja immer wieder ein Fehler -, aber dieses neue Selbstbewusstsein, dass es nicht eine unsichtbare Hand, ein ominöses System ist, das die Probleme regeln kann, sondern dass es der scharfe, klare, durchblickende Verstand ist und die demokratisch legitimierte politische Hand, die die Probleme lösen kann, das sollen die Politiker verstehen. Das heißt in der Konsequenz auch, dass Sie sich einmal die Frage stellen sollen, wenn hier gesagt wird vom IWF, wir haben gelernt, dass man mal die Frage stellt, ja okay, abgesehen davon, dass andere das Lehrgeld bezahlen: Woher kommen denn die Fehler? Wieso haben sie sich denn geirrt? Dann wird es nämlich spannend, wenn man dann auf Antworten kommt. Dann wird man nämlich feststellen, dass es gar nicht so klug ist, sich auf nur eine Interessengruppe und - Sie haben das gesagt sehr zutreffend, Herr Häusler - ein uniformes Denken aus Harvard, Princeton und vier fünf anderen zu stützen und etwas mehr Pluralität, mehr Offenheit zu haben. Der zweite große Wunsch ist, dass die Politiker begreifen, dies ist keine ordinäre Krise mal wieder irgendwo wie long term capital fund oder so was, sondern es ist eine historisch außergewöhnliche Situation und möglicherweise ein Wendepunkt in der Geschichte und deswegen

müssen die Maßnahmen, muss die Art und Weise, wie man damit umgeht und denkt eben nicht nur klein, klein gucken. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob die Eigenkapitalanforderung in Zukunft 10,12 statt 8,7 oder sonst was sein soll. Okay, das ist aber eher eine technische Frage, sondern man muss grundsätzlich die Frage aufwerfen, was ist systemisch falsch gelaufen und brauchen wir ein neues System. Da kann ich mit Herrn Köhler, ehemaliger IWF-Chef, nur argumentieren, der in der letzten Woche ein sehr langes Interview in der SZ gegeben hat, wo er sagt, er macht sich große Sorgen, weil es bisher noch keine wirklich gründliche Analyse der Krise gibt - und das ist sicherlich im Hinblick auf die Finanzcommunity gemeint - und er fordert eine solche. Und zwar wörtlich: „unabhängig von unabhängigen Experten“. Also nicht nur vom IWF und von all jenen, die sich in der Vergangenheit total blamiert haben. Und der dritte Wunsch - und das heißt also auch bei den Beratungen, von wem man eine Expertise bezieht, wo man Beratung herbekommt, sich etwas zu öffnen. Das heißt nicht, dass man nicht mehr mit Herrn Ackermann essen geht, aber man sollte nicht mehr exklusiv mit Herrn Ackermann abends essen gehen. Und mein letzter Wunsch ist natürlich, dass man begreift, dass diejenigen, die die Zeche letztendlich bezahlen sollen, dass die es sein sollten, deren Interessen zum Ausgangspunkt genommen werden für die Neugestaltung dieses Systems und das fängt an natürlich mit den Armen in den Entwicklungsländern und den armen Ländern dort und geht weiter natürlich über die große Masse der Lohnabhängigen in den Industrieländern. Und wenn es denn eine neue Finanzarchitektur geben sollte, müsste die so konstruiert sein, dass eine klare Dominanz des realwirtschaftlichen Sektors und den daran hängenden Fragen von Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Löhnen, Eigentums- bzw. Reichtumsentwicklung, Armutsentwicklung usw. an den Anfang gestellt werden und die Interessen, ob nun Hedge Fonds überleben oder nicht überleben, gebührend sozusagen beantwortet werden. Wer ins Kasino geht und verliert, ist selbst dran schuld.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Herr Wahl. Also, ich sage Ihnen, den Politiker gibt es genauso wenig, wie es den Sachverständigen gibt. Jeder ist eigens, jeder ist unterschiedlich zu sehen, jeder hat eine andere politische Meinung, jeder hat ein anderes Herkommen. Das wollte ich doch auch mal los bringen. Aber ich kann Ihnen versprechen, dass die politisch Handelnden hier im Parlament ganz sicher aus all dem, nicht nur, was Sie heute gesagt haben, sondern insgesamt tatsächlich auch die richtigen Schlüsse ziehen werden. Natürlich auf Grundlage der Informationen und darum sind auch diese Anhörungen so wichtig. Und das Selbstbewusstsein, wenn ich sehe, was im Augenblick insgesamt funktioniert, dann ist es der Staat. Auch das ist etwas, was vielleicht auch insgesamt in der Öffentlichkeit wieder mehr wahrgenommen wird. Und auch mancher, der uns hier als Parlamentarier oft versucht hat, die Welt zu erklären von der unterschiedlichsten Seite her wird jetzt auch ein wenig ruhiger und auch das ist ganz interessant. Ja, jetzt ist der nächste Fragesteller aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Dr. Gerhard Schick.

Dr. Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich hatte schon befürchtet, das sei Ihr Schlusswort.

Heiterkeit

Vorsitzender Eduard Oswald: Nein, aber Sie sollten jetzt nicht meinen, dass Ihr Beitrag jetzt das wäre. Sie haben das Wort zur Fragestellung.

Dr. Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie Sie wissen, pflege ich, sehr präzise zu fragen. Ich war beim Vergleich zwischen dem, was Frau Merkel über das Stichwort Weltwirtschaftsrat gesagt hat, auf der einen Seite und dem, was die Bundesregierung als Verhandlungsposition uns schildert, überrascht, dass dieser Weltwirtschaftsratgedanke, den Frau Merkel geäußert hat, da bei den Bundesregierungspositionen nicht auftaucht. Und deswegen würde ich gerne da noch mal nachfragen und Herrn Bofinger und Herrn Dieter bitten, da noch mal zu sagen, was halten Sie denn von diesem Vorschlag, stärker in der Analogie zu Weltsicherheitsrat zu agieren und ist da die Bundesregierung insgesamt auf einem richtigen Weg oder ist sie das nicht? Das knüpft noch mal an diese Frage IMF, G 20 und welche Rolle haben die Vereinten Nationen? Offensichtlich gibt es da ja noch unterschiedliche Ansichten im politischen Raum in Deutschland.

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja, vielen Dank, Herr Dr. Schick. Ich gebe Ihnen, Herr Prof. Dr. Bofinger als Erstem das Wort.

Sv Prof. Dr. Bofinger: Also, ich will das relativ kurz machen. Ich glaube, was jetzt nicht passieren sollte ist, dass man immer mehr immer neue Gremien schafft, in denen immer mehr Menschen zusammensitzen. Herr Remsperger muss dann noch mehr arbeiten. Also, ich glaube, was eigentlich fehlt, ist ein kleines kompaktes Gremium. Das, was Helmut Schmidt hier eigentlich geschaffen hat in den 70er Jahren, dass man in einem kleinen Rahmen mit vielleicht 10 Leuten zusammensitzt, man wirklich ernsthafte Dinge diskutieren kann, das ist das, was ich eigentlich nicht sehe und was dringend notwendig wäre. Schon G 20, wenn man das Bild gesehen hat, jetzt bei Bush dieser Riesentisch, es waren, glaube ich, noch mehr Leute, als wir hier sind, ist ja schon kein Gremium mehr, wo man ernsthaft reden kann. Deswegen meine ich, müsste man diese G 7-, G 8-Idee von Helmut Schmidt wieder aufgreifen und müsste sagen, wie würde man den G 7 machen, wenn man das heute machen würde, wenn man also nicht die gewachsenen Strukturen, die ja zu Helmut Schmidts Zeiten ja vielleicht durchaus richtig wahrnehmen würde, zu was wären denn die fünf sechs wichtigsten Länder ...

Zwischenruf

Sv Prof. Dr. Bofinger: ... aber vielleicht müssen wir das mal akzeptieren. Ich meine, die Frage ist ja: Ist denn die jetzige Struktur - G 7, G 8 - ist ja im Grunde putzig mehr oder weniger, denn ich habe einen der größten Spieler, China, nicht mit am Tisch. Und ich kann mir nicht vorstellen, jeder, der Chinesen kennt, weiß, was für ein Selbstbewusstsein die haben, dass die irgendwas ausführen, was eine Gruppe beschließt, wo die Italiener und die Kanadier dabei sind aber nicht sie. Das ist ja eigentlich von vornherein müßig. Und deswegen glaube ich, wo man wirklich darüber nachdenken müsste, ist, kann man kleine kompakte Gruppen noch finden? Eben G 7, G 8, aber in einer neuen Form, auch wenn das in Gottes Namen für uns in Europa bedeutet, dass wir da nicht mehr alle vertreten sind, ist trotzdem besser, als jetzt eine Gruppe zu haben, wo China nicht dabei ist. Ich glaube einfach, das wird den Erfordernissen nicht gerecht, aber ich würde sagen, das ist aus meiner Sicht wichtiger, was kleines Kompaktes zu haben, als noch ein neues Monster irgendwie zu schaffen, wo wie gesagt, Herr Remsperger noch einen Bericht mehr in der Vorbereitung machen muss, als er das ohnehin machen muss.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen herzlichen Dank. Ich glaube, das sind gute Vorschläge, die Sie uns mit auf den Weg geben. Jetzt Herr Dr. Heribert Dieter.

Sv Dr. Dieter: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Bofinger, an dem vermutlich trübsten Tag in Berlin im Jahr 2008 ist ja Ihre Sehnsucht an Kamingespräche zur Regulierung der Weltwirtschaft ja gut verständlich. Ich glaube aber und möchte an dieser Stelle doch mal widersprechen, ich glaube nicht, dass wir in einer Welt, die von immer mehr wichtigen Akteuren geprägt wird, mit so einer kleinen Runde zurechtkommen. Ich glaube, dass das G 20-Format, das ja wie gesagt schon seit 10 Jahren in der Diskussion ist, ein wichtiger und richtiger Schritt ist. Ich glaube aber auch, dass wir von anderen Organisationen und der Akzeptanz anderer Organisationen ein Stück weit lernen können. Wir haben bis jetzt darüber heute noch nicht gesprochen. Wir haben es ja im Bereich von global economic governance nicht nur mit dem IWF zu tun, sondern wir haben ja auch eine Welthandelsorganisation, die auch nicht gerade einfach in ihrer Struktur ist, aber immerhin akzeptierter, als es der Internationale Währungsfonds ist. Also wir haben diese Legitimationsprobleme, die der IWF hat, haben wir in der WTO in der gleichen Art und Weise nicht. Insofern folge ich sozusagen der Idee, die Herr Schick in die Diskussion gebracht hat. Man muss hier schon eine Art Welt, eine Art Gruppierung zur Diskussion von weltwirtschaftlichen Fragestellungen schaffen, in der ein Großteil der wichtigen Ökonomien oder ein Großteil der Ökonomien vertreten ist und insofern also eher von der WTO lernen als von der G 8. Vielen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir haben zu danken. Bitte schön, Herr Prof. Bofinger.

Sv Prof. Dr. Bofinger: Ich wollte nur richtigstellen, also meine Kaminrunde wäre kein Ersatz zu G 20, sondern eine Lösung, die zusätzlich da ist. Ja? Dass das nicht als Gegensatz oder so dargestellt wird.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Ich lerne immer, das Gremium muss sehr klein sein, aber es soll jeder dabei sein.

Heiterkeit

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja. Wir haben viel über das Fenster heute gesprochen, ob das Fenster offen ist, ob alle Fenster noch im Haus sind, ob überhaupt die Wände noch tragfähig sind. Eines sollten Sie auch tun, wir haben diesen Sitzungssaal ja auch ausgewählt, um Ihnen einen kleinen Blick auch noch zu ermöglichen. Genießen Sie ihn auch und wir haben ja hier unseren Platz an historischer Stelle und es ist auch, glaube ich, sehr eindrucksvoll, hier auch ein Stück unseres Landes zu sehen und auch unseres wiedervereinigten Deutschlands, was hier auch da ist. Insofern danke ich Ihnen sehr herzlich, dass Sie uns beraten haben im wahrsten Sinne des Wortes, dass Sie uns Hilfestellungen geben für unsere kommenden Entscheidungen. Und ich glaube, wir werden uns immer wieder sehen auch in der Vorbereitung gerade unserer Fahrt auch nach Washington und New York im Februar des kommenden Jahres, wo wir auch noch einmal dann Ihre Einschätzung in anderer Form benötigen. Wir wünschen Ihnen alles erdenklich Gute. Man kann ja - früher war das die ruhige Zeit vor Weihnachten - das ist nicht der Fall, umso ruhiger, umso hektischer. Alles erdenklich Gute und für das kommende Jahr uns allen und vor allem unseren Bürgerinnen und Bürgern und unserem Land alles, alles erdenklich Gute und Ihnen für Ihre Arbeit herzliches Dankeschön.

Ende: 14.33 Uhr

Hü/Was/Fre